



Auftrag Menschenrechte und Gleichstellung

Tätigkeitsbericht der Stabsstelle Menschenrechtsbüro
& Gleichstellungsstelle der Stadt Nürnberg

2020 – 2022

**TÄTIGKEITSBERICHT
DER STABSSTELLE MENSCHENRECHTSBÜRO & GLEICHSTELLUNGSSTELLE
2020 – 2022**

Inhaltsverzeichnis Seite 2

Vorwort..... Seite 3

Informieren, Sensibilisieren und Aktivieren Seite 6

Engagement würdigen Seite 10

Öffentlichkeitsarbeit..... Seite 14

Vernetzung und Kooperationen Seite 16

Für Geschlechtergerechtigkeit Seite 18

Antidiskriminierungsarbeit + LSBTIQ* Seite 21

Beratungen Seite 24

Demokratie lernen und leben – Radikalisierung und Extremismus vorbeugen..... Seite 28

Unterstützung..... Seite 36

Ausblick Seite 37

Glossar Seite 38

Impressum Seite 39

VORWORT



Kreative Einsendungen zur Aktion „Positive Post“



„Verliebt in Demokratie“ am 15. Februar 2020
vor der Lorenzkirche



Das Team der Stabsstelle von links nach rechts: Valerie Laubenheimer, Matthias Becker, Hedwig Schouten, Michelle Fowinkel, Wiebke Winter, Dr. Andreja Budde, Christine Burmann, Helga Riedl, Stephanie Hansel, Martina Mittenhuber, Clara Grell, Rainer Neußer
(nicht abgebildet: Denise Scheuerer)

Der vorliegende Rechenschaftsbericht der Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle umfasst die Jahre 2020 bis 2022, einen Zeitraum, der von globalen Krisen gekennzeichnet war, die auch auf kommunaler Ebene beträchtliche Auswirkungen zeigten: der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mit all den damit verbundenen Herausforderungen von der Energieversorgungskrise bis hin zu einer verstärkten Fluchtzwanderung.

Noch im Februar 2020 hatten sich viele Menschen am Platz vor der Lorenzkirche zum Fest „Verliebt in Demokratie“ versammelt, zu dem der Kreis „Nürnberg hält zusammen“ eingeladen hatte. Akteur*innen und Engagierte aus Politik, Kultur, Religionsgemeinschaften und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen legten mit kreativen Beiträgen, mit Musik und in vielen Gesprächen ein Bekenntnis zu unseren demokratischen Werten ab.

Schon wenige Wochen später verlief nicht nur die Bundesrepublik, sondern die halbe Welt in einen Schockzustand: Die Corona-Pandemie wurde zu einer Herausforderung historischen Ausmaßes mit einer in alle gesellschaftlichen Bereiche reichenden erheblichen menschenrechtlichen Dimension. Neben dem Schutz des Lebens und dem Recht auf Gesundheit waren weitere Grund- und Menschenrechte direkt oder indirekt von den Auswirkungen der Pandemie betroffen und mussten gegeneinander abgewogen werden – beispielsweise das Recht auf Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Bildung. Denn die Menschenrechte gelten auch in Krisenzeiten und sorgen gerade da für eine verbindliche Orientierung.

Das Dilemma, dass ein Grundrecht eingeschränkt werden musste, um dadurch einem anderen zur Geltung zu verhelfen, traf Menschen in verletzlichen Lebenslagen in besonderer Weise. So rief die

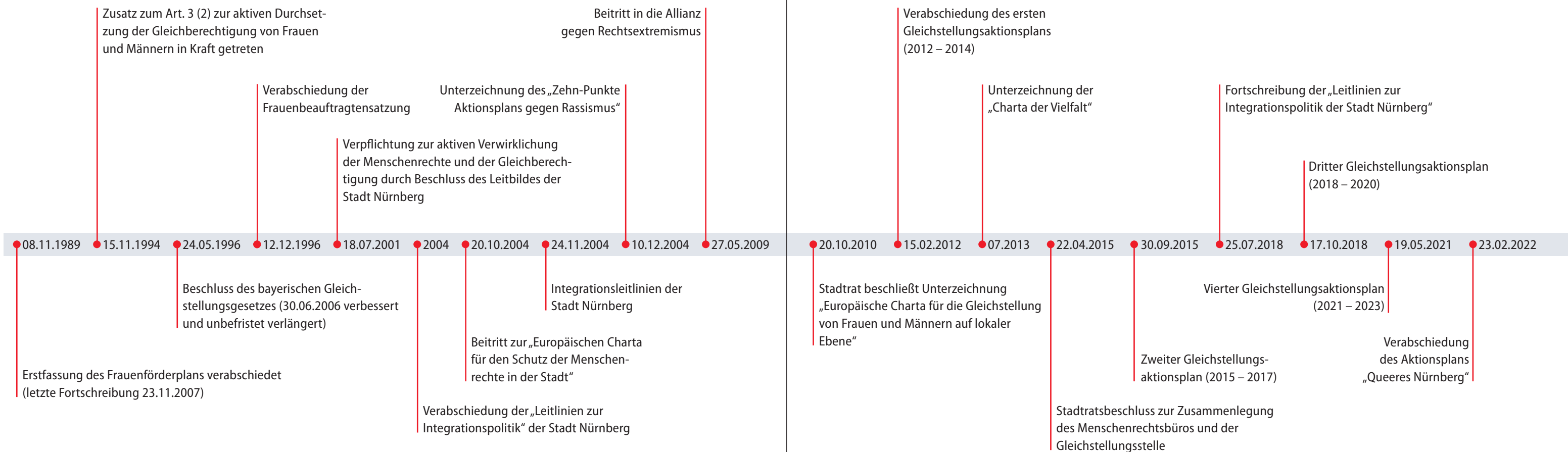
lokale Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zusammen mit der Stabsstelle vor dem Osterfest 2020 die Aktion „Positive Post“ ins Leben. Mehr als tausend Briefe, Postkarten, Bilder und Selbstgebasteltes von Privatpersonen und ganzen Schulklassen schenkten Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeeinrichtungen in der Isolation so eine kleine Aufmunterung. Aber auch die Beratungsangebote der Stabsstelle wurden verstärkt in Anspruch genommen, bedingt durch die von vielen Menschen als Zumutung wahrgenommenen Infektionsschutzvorschriften und die zusätzliche Belastung von Frauen und Familien aufgrund von Kita- und Schulschließungen in der Corona-Pandemie.

Leben, Arbeit und Freizeit wurden während der pandemiebedingten Einschränkungen neu gedacht: Der öffentliche Raum wurde zunehmend zum „Wohnzimmer“ für unterschiedlichste Gruppen, was zu erheblichen Nutzungskonflikten und einem hohen Beschwerdeaufkommen bei Polizei- und Ordnungsbehörden führte. Aus der Erkenntnis heraus, dass nur eine von allen beteiligten Gruppen ausgehandelte und akzeptierte Lösung tragfähig und nachhaltig sein kann, werden nun im Menschenrechtsbüro erste Schritte zum Aufbau eines allparteilichen Konfliktmanagements unternommen.

Unter der Federführung der Koordinierungsstelle LSBTIQ* gelang im Februar 2022 mit der Verabschiedung eines Aktionsplans rund um die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Interpersonen in Nürnberg ein weiterer großer Schritt auf dem Weg zu einer die gesellschaftliche Vielfalt anerkennenden und fördernden Kommunalpolitik.

Nach wie vor bleibt die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Terrorgruppe „NSU“ eine wichtige Aufgabe – sie wird auch in Nürnberg als offener Prozess und in Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen weitergeführt. Mit der schrittweisen Benennung von Plätzen nach Enver Şimşek und İsmail Yaşar und der Errichtung einer Gedenkstele für Abdurrahim Özüdoğru wird nun die Erinnerung an die drei Todesopfer auch im Stadtbild aufrechterhalten.

Pandemie und Krieg führten auch in Nürnberg zu gegenläufigen Entwicklungen: Gelang es einerseits die Solidaritäts- und Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft erneut zu aktivieren, so nutzten radikale politische Spektren die Krisen, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu schwächen und Demokratieverdrossenheit zu säen. Aus diesem Grund nahmen die Themen Demokratieförderung und Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Haltungen auch in den vergangenen drei Berichtsjahren einen großen Raum in der Arbeit der Stabsstelle ein. Alle entwickelten Projekte und Maßnahmen hatten zum Ziel, zur Stärkung der Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit sowie Gleichwertigkeit aller Menschen beizutragen.



INFORMIEREN, SENSIBILISIEREN, AKTIVIEREN

Die kommunale Ebene ist der ideale Ort, um die Bedeutung der Menschenrechte zu vermitteln. Lokal wird nicht nur der Grad der Realisierung oder Vor-enthaltung vieler Menschenrechte wie die fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter sichtbar. Lokal wird auch konkret erfahrbar, dass durch ein menschenrechtsbasiertes Vorgehen Gestaltungsmöglichkeiten erweitert werden – für die alltägli-

che Problemlösung und für ein gleichberechtigtes Leben aller Menschen in Würde – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität, der ethnischen, kulturellen und religiösen Identität sowie der sozialen Lage. Deshalb wählt die Stabsstelle stets Schwerpunktthemen, zu denen sie sich positioniert, aufklärt und sensibilisiert.

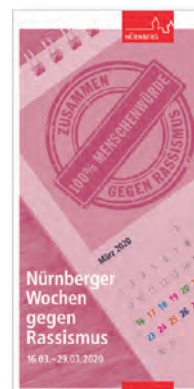
NÜRNBERGER WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Seit 2017 beteiligt sich die Stadt Nürnberg an den jährlichen Internationalen Wochen gegen Rassismus. Von Kundgebungen, Kunstprojekten, Ausstellungen, Workshops bis hin zu Podiumsdiskussionen bieten die unterschiedlichsten Veranstalter*innen ein vielfältiges Programm für alle Zielgruppen. Gemeinsam soll so ein Zeichen gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gesetzt, die Bürger*innen für die Themen sensibilisiert und die Betroffenen gestärkt werden.

FRAUENMONAT MÄRZ

Alljährlich trägt die Gleichstellungsstelle Veranstaltungen und Aktionen in Nürnberg rund um den Internationalen Frauentag am 8. März zusammen und erstellt einen kompakten Übersichtsflyer. In den Jahren 2020 bis 2022 fanden trotz der Pandemie zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt:

- 2020: 33 Veranstaltungen, geplant von 24 Veranstalter*innen sollten stattfinden (ein Großteil musste aufgrund des Lockdowns entfallen).
- 2021: 33 Veranstaltungen, organisiert von 20 Veranstalter*innen fanden statt, davon 25 online.
- 2022: 37 Veranstaltungen, organisiert von 36 Veranstalter*innen fanden statt, davon 10 online.



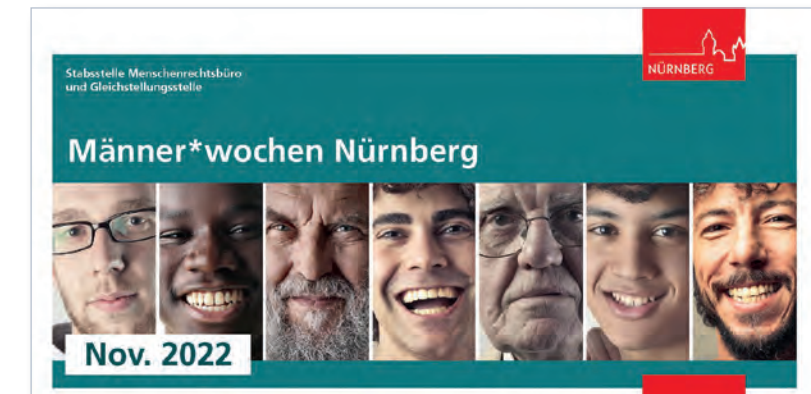
AKTIONSWOCHEN ZUM INTERNATIONALEN TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

In Nürnberg kämpfen Frauen*organisationen, Vereine und Institutionen seit Jahrzehnten gegen Gewalt an Frauen. Im Jahr 2019 führten sie zum ersten Mal gemeinsam die Nürnberger Aktionswochen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November durch.

Trotz der Pandemie fanden auch 2020 und 2021 zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt.

Aus Kapazitätsgründen entschied die Gleichstellungsstelle, die Aktionswochen nicht mehr jährlich, sondern nur noch in den ungeraden Jahren durchzuführen. Mit diesen Aktionswochen setzen die Beteiligten eindrucksvoll ein Zeichen, dass Gewalt an Frauen in Nürnberg keinen Platz hat!

- 2020: 24 Veranstaltungen, organisiert von 17 Veranstalter*innen sollten stattfinden, davon zwei online. Die Koordination lag bei der Gleichstellungsstelle des Klinikums Nürnberg. Ein Teil der Veranstaltungen musste aufgrund des Lockdowns abgesagt werden.
- 2021: 19 Veranstaltungen, geplant von 13 Veranstalter*innen fanden statt, davon acht online bzw. hybrid. Die Koordination hatte die Gleichstellungsstelle inne.



NÜRNBERGER MÄNNERWOCHEN IM NOVEMBER 2022

Männliche Rollenstereotypen, Patriarchat und toxische Männlichkeit – rund um den Weltmännertag am 3. November und den Internationalen Männer*tag am 19. November wird im zweijährigen Turnus ein abwechslungsreiches Programm von Männern für Männer angeboten. Coronabedingt mussten 2020 die Nürnberger Männerwochen ausfallen. Im Jahr 2022 fanden 16 Veranstaltungen von Info- und Themenveranstaltungen über Lesungen bis hin zu Film- und Fachgesprächen statt. Sie wurden von der Plakat- und Postkarten-Kampagne „Männlichkeit entscheidest du! Jeden Tag! Zusammenstehen gegen Sexismus, Frauenfeindlichkeit und Gewalt“ begleitet.

Bei den Männerwochen geht es vor allem um die Emanzipation der Männer von destruktiven Männlichkeitsbildern und Idealen. Es geht darum, Männlichkeit neu zu besetzen.

Weitere Infos zum Programm unter:
www.maenner.nuernberg.de



Austausch mit queeren Aktivist*innen aus Krakau rund um den Dyke March Nürnberg 2022

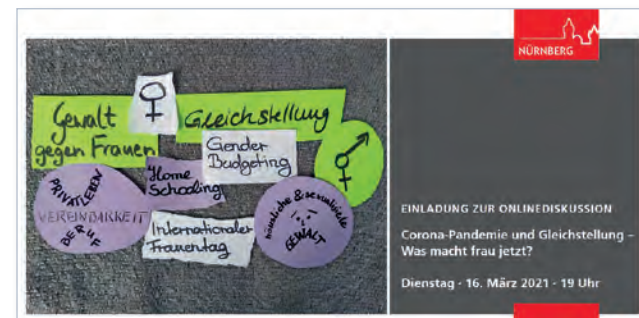
VÄTERWOCHE

Eine Väterwoche digital! Vom 7. bis 17. Mai 2021 fand die 3. Nürnberger Väterwoche mit verschiedenen Online-Angeboten für Väter mit und ohne Kinder oder Großväter mit ihren Enkelkindern statt.

Unter dem Motto „Gemeinsam etwas machen, erleben, entdecken und Spaß dabei haben“ hatten Väter die Möglichkeit, einen Podcast als „Dad Cast“ auf die Beine zu stellen, spannende Natur-Experimente zu testen oder sich bei einem offenen Online-Treff für Väter auszutauschen. Dies ermöglichte, gemeinsam Momente online zu erleben, die nicht mit Arbeit, Homeoffice, Schule oder Homeschooling zu tun haben.



Gerade für Väter ist die Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen können oft eingeschränkt. Die Väterwoche soll Impulse geben und ein Anlass sein, sich einmal bewusst als Vater Zeit zu nehmen.



FRAUENEMPfang 2022

Unter dem Motto: „Corona-Pandemie und Gleichstellung – Was macht frau jetzt?“ luden der Oberbürgermeister und die Frauenbeauftragte im März 2021 pandemiebedingt zur online Diskussion mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Stadtratsfraktionen und Stadträtinnen der Ausschussgemeinschaften ein. Poetry Slammerin Barbara Gerlach lockerte den virtuellen Abend für die rund 100 Teilnehmenden mit pointierten Bemerkungen auf. Moderiert wurde die Diskussion von Priscilla Hirschhausen.



DIE AKTIONSTAGE QUEER

Seit 2020 veranstaltet die Koordinierungsstelle LSBTIQ gemeinsam mit der Stadtbibliothek Nürnberg jeweils rund um den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans-, Inter- und Queerfeindlichkeit (IDAHOBIT) am 17. Mai, unterschiedliche Aktionsformate für gesellschaftliche Vielfalt und gegen jede Form von Diskriminierung. Kernstück ist die „Lebende Bibliothek“ mit der Idee, Gespräche mit Menschen anzubieten, die oft mit Vorurteilen konfrontiert werden. Miteinander zu sprechen kann Vorurteile und Diskriminierungen abbauen. In der „Lebenden Bibliothek“ werden Menschen zu Büchern, die man „ausleihen“ und kennenlernen kann – in diesem Fall Menschen in queeren Lebenszusammenhängen.

DAS GEDENKEN AN DIE OPFER DER TERRORGRUPPE DES „NSU“

Das Gedenken an die Opfer auch im Nürnberger Stadtbild zu verankern und damit dauerhaft sichtbar zu machen, gehört zu den zentralen Anliegen der Erinnerungsarbeit an eines der größten Verbrechen des Rechtsterrorismus in Deutschland seit 1945. In enger Kooperation mit zivilgesellschaftlich Engagierten, unter anderem der Allianz gegen Rechtsextremismus, wurden in den vergangenen Jahren an den Tatorten Gedenktafeln errichtet und Plätze nach den Todesopfern benannt.



Gedenktafel für Abdurrahim Özüdoğru an der Gyulaer Straße



Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag der Ermordung von Enver Şimşek

EINDRÜCKE VON WEITEREN VERANSTALTUNGEN



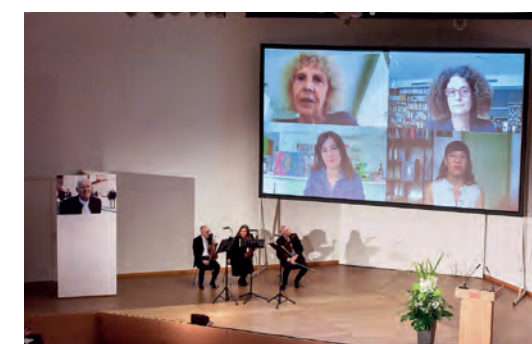
Durchführung einer Aktion mit pro familia Nürnberg am Safe Abortion Day 2021



Bundesaußenministerin Annalena Baerbock besuchte im Juli 2022 den zentralen Gedenkort für die Opfer des „NSU“ an der Straße der Menschenrechte und tauschte sich mit Engagierten aus.



Mitarbeiterinnen des Menschenrechtsbüros lasen am Fest „Verliebt in Demokratie“ aus übergroßen Zeitungen.



Anlässlich der Gedenkfeier für Dani Karavan am 24. Oktober 2021 sandte seine Familie eine Videobotschaft nach Nürnberg.



Austausch zwischen der Frauendelegation aus Córdoba und Stadträtinnen im März 2022



Der Internationale Tag der Menschenrechte 2022 galt in Nürnberg der Solidarität mit dem Freiheitskampf der Frauen im Iran.



Forderung nach einer fairen und geschlechtergerechten Bezahlung am Equal Pay Day 2022

ENGAGEMENT WÜRDIGEN

DER INTERNATIONALE NÜRNBERGER MENSCHENRECHTSPREIS

FRIEDENSMAHL 2020

Ende September 2020 hätte das Nürnberger Friedensmahl zu Ehren des Menschenrechtspreisträgers 2019, Rodrigo Mundaca, stattfinden sollen. Pandemiebedingt musste der Termin abgesagt werden. Daher rief die Stadt Nürnberg in einer groß angelegten Spendenaktion die Bürger*innen dazu auf, Mundaca und seine Organisation MODATIMA bei ihrem Kampf in schwierigen Zeiten nicht alleine zu lassen und konkret den Bau einer Umweltschule in der Region Petorca zu unterstützen und die lebensnotwendige Wasserversorgung der Menschen vor Ort aufrecht zu erhalten.



Preisträger 2019: Rodrigo Mundaca

Preisverleihung an Rodrigo Mundaca im Opernhaus; Trinkwasserauslieferungen in Petorca zu Beginn der Pandemie



Preisträgerin 2021: Sayragul Sauytbay; Grafik Amnesty International; Oberbürgermeister Marcus König und Sayragul Sauytbay beim Festakt im Opernhaus

MENSCHENRECHTSPREISVERLEIHUNG 2021

Die 14. Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises fand am Sonntag, den 15. Mai 2022 im Opernhaus statt. Rund tausend Gäste besuchten die gemeinsame Veranstaltung des Staatstheaters und der Stadt Nürnberg zu Ehren von Sayragul Sauytbay, die für ihren bewundernswerten Mut, über die Verbrechen an muslimischen Minderheiten in der Region Xinjiang zu berichten, ausgezeichnet wurde. Sauytbay, selbst muslimische Kasachin, stammt aus der Region im Westen Chinas und leitete als Staatsbedienstete mehrere Vorschulen. Im November 2017 wurde sie als Ausbilderin für eines der Umerziehungslager zwangsrekrutiert, festgehalten und gefoltert. Ihren Einblick in das Lagersystem dokumentierte sie in ihrem Buch „Die Kronzeugin“. Nach ihrer Flucht in den Westen setzt sie ihren Kampf gegen die Unterdrückung der ethnischen Minderheiten in Xinjiang fort.

Oberbürgermeister Marcus König betonte in seiner Rede zum Auftakt der Preisverleihung, dass Menschenrechte und Demokratie keine Luxusfragen sind, sondern das unverzichtbare Fundament des Friedens. Das Grußwort von Reinhard Bütikofer, Mitglied des Europäischen Parlaments, und eine Videobotschaft von Agnès Callamard, Internationale Generalsekretärin von Amnesty International, verurteilten ebenfalls die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in der chinesischen Region Xinjiang begangen werden. Eindrucksvoll wurden diese noch einmal durch den künstlerischen Beitrag des Staatstheaters Nürnberg vermittelt, bei dem die Schauspielerinnen Annette Büschelberger, Anna Klimovitskaya und Adeline Schebesch „72 fabrizierte Vorwände für eine Inhaftierung“ von muslimischen Minderheiten in der Region Xinjiang aus dem Buch „China-Protokolle“ der Autorin Alexandra Cavelius und der Preisträgerin selbst verlasen. Die Laudatio hielt Jury-Mitglied Iris Berben. In ihrer Dankesrede sagte die Preisträgerin: „Die Welt muss wissen, was in den Lagern vor sich geht. (...) Die Verleihung dieses Preises gibt mir Kraft und neuen Mut.“ Im Anschluss sang Sauytbay ihr selbstgeschriebenes Lied „Hymn“ und rührte damit das Publikum zu Tränen.

Musikalisch umrahmt wurde der Festakt durch die Staatsphilharmonie Nürnberg unter der Leitung des stellvertretenden Generalmusikdirektors, Lutz de Veer, die als Überraschung für die musikalische Preisträgerin am Ende der Verleihung eines ihrer Lieblingslieder von Boney M. einstudiert hatte: „Rivers of Babylon“.

FRIEDENSTAFEL

Im Anschluss an die Verleihung folgte die traditionelle Nürnberger Friedenstafel. Das gemeinsame „Picknick“ der Nürnberger*innen mit Freund*innen, Verwandten, Vereins- und Arbeitskolleg*innen ist für die Preisträger*innen immer ein besonderes Zeichen der Solidarität. Organisiert vom Amt für Kultur und Freizeit und dem Menschenrechtsbüro lockte die ausverkaufte Friedenstafel mehr als 4000 Gäste an, die bei herrlichem Wetter und mitgebrachten Speisen feierten. Eine ganze Reihe von Menschenrechtsorganisationen, darunter die Tibetinitiative Nürnberg e.V., informierten über ihre Arbeit und diskutierten mit Interessierten. Mitglieder der internationalen Jury stellten sich den Fragen der Gäste und begleiteten die Preisträgerin beim Rundgang entlang der Tafel zusammen mit Oberbürgermeister Marcus König.

BEGLEITPROGRAMM RUND UM DIE MENSCHENRECHTSPREISVERLEIHUNG 2021

Im Anschluss an die Friedenstafel sprach Sayragul Sauytbay im Caritas-Pirckheimer-Haus mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Margarete Bause offen darüber, welche schweren Folgen ihre Flucht und ihr Dasein als Whistleblowerin mit sich brachten. Im Rahmen des Begleitprogramms waren alle Bürger*innen herzlich dazu eingeladen, an weiteren Veranstaltungen teilzunehmen, sich zu dem Thema von Sauytbay zu informieren und zu diskutieren. Neben Lesungen aus ihren beiden Büchern, war die Preisträgerin auch zu Gast in Schulen und in der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Georg-Simon-Ohm. In einem Abendvortrag und einer Fachkonferenz beschäftigten sich Wissenschaftler*innen und Expert*innen mit der Menschenrechtslage in der Region Xinjiang.



Friedenstafel rund um die Straße der Menschenrechte, Mai 2022

WIRTSCHAFT, PARTNERSCHAFT, VERANTWORTUNG

Zu Ehren von Sayragul Sauytbay fanden am 24. September 2022 im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg ein Empfang und eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wirtschaft, Partnerschaft, Verantwortung – Wege im Umgang mit der Volksrepublik China“ statt, welche gleichzeitig in der Tradition des Friedensmahls dazu genutzt wurde, Spendengelder für die Preisträgerin zu sammeln. Auf dem Podium stellten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft gemeinsam der Frage nach der moralischen und rechtlichen Verantwortung einer Stadt des Friedens und der Menschenrechte und diskutierten die Möglichkeiten und Begrenzungen von politischer Kooperation und Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern und Regionen, in denen Menschen systematisch durch den Staat unterdrückt und verfolgt werden.

FRAUENPREIS DER STADT NÜRNBERG

Kurz vor dem ersten Lockdown in der Corona-Pandemie wurde am Donnerstag, den 5. März 2020, bei einer festlichen Preisverleihung mit 390 Teilnehmenden im Historischen Rathaussaal der Frauenpreis 2020 vergeben. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Hedwig Schouten, Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg, überreichten die Auszeichnungen dem Internationalen Frauen- und Mädchenzentrum und den Stadtteilmüttern der Stadtmission Nürnberg. Beide Vereine wurden für ihren langjährigen Einsatz für Frauen, Mütter und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichten gewürdigt. Die Auszeichnung war mit jeweils 2.000 Euro dotiert. Zusätzlich erhielt die Interreligiöse Frauen-WG einen nichtdotierten Anerkennungspreis. Mit der gleichzeitigen Auszeichnung hob die Jury drei Organisationen bzw. Projekte hervor, die in der frauenspezifischen Migrationsarbeit tätig sind und als Brückenbauerinnen und Mutmacherinnen einen wichtigen Beitrag zur Förderung des friedlichen Miteinanders in der Stadtgesellschaft leisten.

FRAUENPREIS DER STADT NÜRNBERG

- Seit 1990 wurde der Preis 19 Mal vergeben.
- Vergabe zuerst jährlich und seit 1994 alle zwei Jahre
- Ausgezeichnet wurden 13 Einzelpersonen und 19 Frauengruppen.
- Dotiert mit 4.000 €
- Verliehen im Monat März im Rahmen des Internationalen Frauentags

Im März 2022 erhielt Hilde Kugler den mit 4.000 Euro dotierten Frauenpreis. Sie blickt auf ein sehr vielseitiges und spannendes Berufsleben zurück. Ihre Biographie ist reich an Inspirationen für jüngere Frauen und für Alleinerziehende. Die langjährige Geschäftsführerin beim Nürnberger Verein Treffpunkt e. V. bekam die Auszeichnung für ihr Engagement für Angehörige straffällig gewordener Menschen. 94 Prozent der Inhaftierten in Deutschland sind Männer und Hilde Kugler setzt sich ein für die unter dieser Inhaftierung oft sehr leidenden meist weiblichen Angehörigen und deren Kinder.

Ein mit 500 Euro dotierter Anerkennungspreis wurde an „Catcalls of Nürnberg“ vergeben, die das Thema sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit „ankreiden“ und damit sichtbar machen. Catcalling ist ein umgangssprachlicher Begriff, der sexuell anzügliche Verhalten von vor allem Männern gegenüber Frauen im öffentlichen Raum bezeichnet. Dazu gehören Rufen, Pfeifen, anzügliche Bemerkungen zur Kleidung bis hin zu einem Aufruf zu sexuellen Handlungen.

Mutmacherinnen und Brückenbauerinnen wurden bei der Frauenpreisverleihung 2020 ausgezeichnet.



Würdigung der Lebensleistung von Hilde Kugler sowie des Engagements junger Aktivist*innen von Catcalls of Nürnberg auf Social Media



Die Catcalls of Nürnberg machen durch das Ankreiden von sexistischen Sprüche den alltäglichen Sexismus sichtbar.

NÜRNBERGER PREIS FÜR DISKRIMINIERUNGSFREIE UNTERNEHMENSKULTUR 2020 UND 2022

Erstmals 2020 wurde die Auszeichnung pandemiebedingt nicht im Rahmen des Nürnberger Friedensmahls verliehen. So konnten im März 2020 nur wenige Gäste an der Verleihung des Preises an die wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen im Historischen Rathaussaal teilnehmen, allerdings ermöglichte ein Livestream auch den Beschäftigten und Interessierten, die Würdigung mitzuerleben.

Im Jahr 2022 folgte der Stadtrat wiederum dem Vorschlag der Jury und entschied sich für das Diakoniewerk Martha Maria. Damit würdigte die Stadt Nürnberg ein Unternehmensleitbild, die „Charta gegen Menschenfeindlichkeit und Rassismus“, das die Wertschätzung und die Würde sowohl der Mitarbeitenden als auch der anvertrauten Patientinnen und Patienten sowie Klientinnen und Klienten in den Mittelpunkt allen Handelns stellt.

DEUTSCHER MENSCHENRECHTSFILMPREIS

Seit 1998 zeichnet der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis alle zwei Jahre herausragende Produktionen zu Menschenrechtsthematiken aus. Aus 400 bis 450 Einreichungen wird der Filmpreis in sechs Kategorien vergeben. Das Menschenrechtsbüro gehört zum Veranstalterkreis, der mit bundesweit 21 Institutionen den Preis gestaltet, finanziert und die Preisverleihung organisiert. Wie so viele Veranstaltungen konnte die Preisverleihung im Dezember 2020 nur digital stattfinden, erfreulicherweise mit einer alle Erwartungen übersteigenden Einschaltquote. Am 10. Dezember 2022, dem Tag der Menschenrechte, wurde der Preis unter der Schirmherrschaft der Journalistin Ferdos Forudastan in gewohnter Weise in der ausgebuchten Nürnberger Tafelhalle verliehen. Moderator der Veranstaltung war wie in den Vorjahren Christoph Süß mit musikalischer Umrahmung vom David Soyza Quartett.



MOSAIK-JUGENDPREIS – MIT VIELFALT GEGEN RASSISMUS

Der Mosaik-Jugendpreis wird seit 2015 im Gedenken an die fünf Todesopfer der rechtsextremen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund in den Städten München und Nürnberg vergeben:

Enver Şimşek, 11. September 2000, Nürnberg
Abdurrahim Özüdoğru, 13. Juni 2001, Nürnberg
Habil Kılıç, 29. August 2001, München
Ismail Yaşar, 9. Juni 2005, Nürnberg
Theodoros Boulgarides, 15. Juni 2005, München

In Kooperation mit der Landeshauptstadt München ehrt der Preis jährlich Jugendprojekte, die sich in besonderer Weise gegen Rassismus engagieren und sich für interkulturellen Dialog und Begegnung einsetzen. Pandemiebedingt musste die Preisverleihung in München im Jahr 2020 kurzfristig abgesagt werden. Im März 2021 fand die Verleihung digital statt und würdigte die Preisträger*innen der Jahre 2020 und 2021 zusammen. Am 20. Juli 2022 konnte der Preis im NS-Dokumentationszentrum München wieder in Präsenz verliehen werden.



MOSAIK-JUGENDPREIS 2020

1. Preis: **Musikvideo gegen Diskriminierung von Charles Junior**, Nürnberg
1. Preis: **Eine Welt – viele Farben**, München

MOSAIK-JUGENDPREIS 2021

1. Preis: **Silent Protest – Nein zu Rassismus!**, Nürnberg
 2. Preis: **Jüdische Wege gehen**, Nürnberg
 3. Preis: **Queer*Yourope**, München
- Anerkennungspreis: **Die Nürnberger Stadtquerulanten**, Nürnberg
- Anerkennungspreis: **Kick fair für Menschenrechte**, Nürnberg



MOSAIK-JUGENDPREIS 2022

1. Preis: **Stage for Peace**, Nürnberg
2. Preis: **Das SchüPa an der Guardini**, München
2. Preis: **ClubIn Blog – das Sprachrohr für junge Neumünchner*innen**, München
3. Preis: **Jüdisches Leben**, Nürnberg

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, das Leitbild der Stadt zu vermitteln und innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zu verankern, Wege aus bestehenden Benachteiligungen und Diskriminierungen aufzuzeigen, Antidiskriminierungskompetenz zu erhöhen sowie für ein demokratisches und solidarisches Miteinander und eine geschlechtergerechte Stadtgesellschaft zu werben, gehört zu den zentralen Aufgaben der Stabsstelle. Dazu nutzt sie Social Media-Formate wie Instagram, produziert Podcasts



Über 90 Posts veröffentlichte die Stabsstelle 2022 auf ihrem Instagram Account

INSTAGRAM

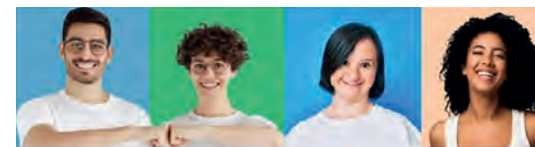
Seit April 2022 hat die Stabsstelle einen eigenen Instagram-Account, um über ihre Arbeit und allgemeine Menschenrechts- und Gleichstellungsthemen zu informieren. Bis Ende 2022 wurden 92 Posts und zahlreiche Stories veröffentlicht. Über die Hälfte der Menschen, die durch den Kanal erreicht werden, sind im Alter zwischen 25 und 44 Jahren. Die Zahl der Follower*innen wächst stetig und damit auch die Vernetzung mit anderen professionellen Accounts. Da die Stadt Nürnberg selbst und auch immer mehr ihrer Dienststellen auf Instagram vertreten sind, ergibt sich eine hervorragende Möglichkeit der gemeinsamen und niedrigschwelligen Öffentlichkeitsarbeit.

Link zum Instagramprofil:
[menschenrechte_gleichstellung](https://www.instagram.com/menschenrechte_gleichstellung)

zu aktuellen Themen, erstellt Broschüren und führt Plakataktionen durch. Mit Dialogveranstaltungen und Vorträgen in den Communities, auf Konferenzen, bei BarCamps, in Onlineformaten sowie Gastbeiträgen vermittelt sie Wissen, positioniert sich zu relevanten Themen, steht als Ansprechstelle für Presseanfragen zur Verfügung und ermuntert so die Zivilgesellschaft zu einer gelebten Kultur der Menschenrechte.

INTRANETSEITE DER STABSSTELLE

Im Jahr 2022 überarbeitete die Gleichstellungsstelle ihre Intranetseite und orientierte sich dabei gemäß den Erfahrungen aus Beratungsanfragen an den Interessen der Beschäftigten. Alle wichtigen Informationen zu Beratungsleistungen, der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf und Antworten auf die Frage, was Personalentwicklung zu Gleichstellung beitragen kann, gibt es für Mitarbeitende und Beamt*innen der Stadt Nürnberg nun kompakt und ansprechend aufbereitet. Nicht fehlen durften dabei natürlich auch die Angebote des Menschenrechtsbüros.



Geschlechtergerechte und diversitätssensible Sprache

Geschlechtergerechte und diversitätssensible Sprache bemüht sich um eine wertschätzende und respektvolle Ansprache aller Geschlechter, lässt jedoch Spielraum für Kreativität und Diskussion. Die wichtigsten Aspekte für eine wertschätzende Kommunikation der Stadtverwaltung gibt es im Überblick.

Hier gibt's nähere Informationen.

Väter- und Mütterbefragung 2021

Im März 2021 fand die erste Befragung von Vätern und Müttern bei der Stadt Nürnberg mit Kindern unter 18 Jahren zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf statt. Die Gleichstellungsstelle und das Bündnis für Familie dankt allen Vätern und Müttern, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Hier gibt's alle Informationen und die Ergebnisse.

Neuer Intranet-Auftritt: Im Jahr 2022 überarbeitete die Gleichstellungsstelle ihre Intranetseite

BETRIFFT: UNS ALLE

Einmal im Jahr gibt die Gleichstellungsstelle die Beilage „betrifft: uns alle“ im Rahmen des regelmäßig erscheinenden Magazins „betrifft“ für Mitarbeitende der Stadt Nürnberg heraus. In der Beilage informiert sie Kolleg*innen über die Arbeit der Gleichstellungsstelle und greift aktuelle gleichstellungspolitische Themen auf.

Ein wichtiges Thema im Berichtszeitraum waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daran knüpften – unvorhergesehen – auch die Väter- und Mütterbefragung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter den städtischen Beschäftigten, durchgeführt vom Bündnis für Familie und der Gleichstellungsstelle im März 2021, sowie der Bericht über die daraus gewonnenen Ergebnisse an. Einen weiteren Impuls setzte die Gleichstellungsstelle in der Ausgabe vom Dezember 2022, in der sie die Relevanz von Gleichstellungsarbeit gerade in Krisenzeiten hervorhob – denn im Kontext aktueller Herausforderungen sind nachhaltige Lösungen nur durch mehr statt weniger Gleichstellungsarbeit zu erreichen.



Die Beilage „betrifft: uns alle“ erscheint einmal im Jahr.



Was männlich ist, entscheidest Du. Jeden Tag. Zusammenstehen gegen Sexismus, Frauenfeindlichkeit und Gewalt. Das geht uns alle an! Männer emanzipiert Euch von destruktiven Männlichkeitsbildern!

weitere Motive und Infos der im November 2022 durchgeführten Plakataktion: www.maenner.nuernberg.de

„MENSCH DU HAST RECHTE!“ – DER PODCAST DES MENSCHENRECHTSBÜROS UND DER GLEICHSTELLUNGSSTELLE

Der Podcast richtet den Fokus auf die vielfältigen Menschenrechtsthemen – unkompliziert, verständlich und erhellend. Spannende Projekte und Arbeitsfelder werden vorgestellt. Dabei kommen neben dem Team der Stabsstelle weitere Expert*innen und Wissenschaftler*innen sowie Aktivist*innen zu Wort. Die erste Folge widmet sich der Frage, wie Nürnberg zur Stadt des Friedens und der Menschenrechte wurde und was das für die Stadt heute bedeutet. „Was Sie schon immer über Menschenrechte wissen wollten“ ist die zweite Folge, die die Menschenrechte grundsätzlicher thematisiert: Wie sind sie entstanden und welche Rolle spielen sie in den Städten. Alle Podcast-Folgen sind auf der Website des Menschenrechtsbüros unter menschenrechte.nuernberg.de und auf allen gängigen Podcast-Plattformen zu finden.



VERNETZUNG & KOOPERATION

Netzwerk Mädchen*arbeit in Mittelfranken

AK Menschenhandel Bundesnetzwerk kommunaler
Diversitystellen

Kuratorium des Frauentreffs „Frauenzimmer“ **Koordinierungsgruppe Gender**

Landesarbeitsgemeinschaft Runder Tisch Väternetzwerke
Jungen*- und Männer*arbeit Bayern Cities for Life – Cities against Death Penalty

AK Betriebliches Gesundheitsmanagement Städte Sicherer Häfen AK Trennung und Scheidung
Koordinierungsgruppe **AK Vertrauliche Spurensicherung**

Nürnberger Bündnis Fair Toys Trägerkreis Deutscher Menschenrechtsfilmpreis

AG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Mittelfranken Runder Tisch Rotlicht Bundesforum Männer
Bedrohungsmanagement Koordinierungsgruppe Integration

AK Flucht und LSBTI ECCAR Europäische Städtekoalition
gegen Rassismus Bundesnetzwerk Kommunalen LSBTI-Stellen AK Muslime und IKGn

Beirat Jobcenter Nürnberg AK Erinnern u. Menschenrechte **Queernetzwerk**

LSBTI-Mitarbeiter*innennetzwerk World Human Rights Cities Forum

Frauen*netzwerk Bundesnetzwerk kommunaler Antidiskriminierungsstellen

AK Alleinerziehende Nürnberg Netzwerk Mädchen*arbeit in Mittelfranken Rainbow Cities Lenkungsausschuss des Bündnisses für Familie

AG Diversity Regionales Bündnis gegen Trans- und Homophobie Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“ (KoKoMa) Kuratorium Vielfalt und Zusammenhalt

Mayors for Peace **Netzwerk Jungen und Männer in Nürnberg**

AK Gesundes Städtenetzwerk

Netzwerk Frauen in Führung Landesarbeitsgemeinschaft der
bayerischen Gleichstellungsstellen

AK Väterarbeit in Nürnberg Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im
öffentlichen Raum (deutschsprachiger Raum)

Landesnetzwerk kommunaler Antidiskriminierungsstellen **Runder Tisch Menschenrechte**

AK Frauen und Gesundheit Betriebliche Kommission #ICANSave meine Stadt
Leistungsorientierte Bezahlung AK Sicherheit und Sauberkeit

AK gegen Häusliche und Sexualisierte Gewalt Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Fair Toys Organisation **Aktionsplan Queeres Nürnberg**

Netzwerk Gleichstellung in der Metropolregion Nürnberg AK Frauen in der Migrationsarbeit (FIDMA)

Kommission der Frauenbeauftragten
des Deutschen Städtetags

AK Frauen und Wohnen

Koordinierungskreis SOGI

Schrift regulär: Koordination Stabsstelle
Schrift kursiv: Teilnahme Stabsstelle

■ stadintern
■ Kommunale Ebene
■ Regionale Ebene
■ Landesebene
■ Bundesebene
■ Internationale Ebene

FAIR TOYS ORGANISATION E.V. (FTO)

GEMEINSAM IN RICHTUNG SOZIAL- UND UMWELTFREUNDLICH PRODUZIERTEN SPIELZEUGS!

Seit Jahren setzt sich das Nürnberger Bündnis Fair Toys, ein Zusammenschluss, getragen vom Menschenrechtsbüro, mehreren kirchlichen Einrichtungen und Menschenrechtsgruppen, in der Spielzeugstadt Nürnberg mit den Missständen der Spielzeugproduktion auseinander. Wer Spielwaren verantwortungsbewusst einkaufen will, wird allein gelassen. Es gibt keine Kennzeichnung, ob Spielwaren sozial- und umweltverträglich hergestellt wurden, wie dies beispielsweise bei Bekleidung, Fußbällen oder Schokolade bereits der Fall ist.



Gründung der Fair Toys Organisation Maik Pflaum, Helga Riedl und Uwe Kekeritz

Auch für Spielwaren ist dies längst überfällig und so erarbeitete das Nürnberger Bündnis, unterstützt von engagierten Unternehmen der Spielwarenbranche und dem Verband der Spielwarenindustrie, die Regularien für einen Verein, der am 14. Juli 2020 als Fair Toys Organisation (FTO) gegründet wurde. Die Fachkenntnis der Industrieseite verbindet sich mit der Arbeits- und Menschenrechtsexpertise der Zivilgesellschaft – das wird als erfolgversprechender Multistakeholder-Ansatz gesehen. Die FTO zählt mittlerweile ca. 30 Mitglieder unter anderem auch die Stadt Nürnberg. Seitdem arbeitet eine Geschäftsstelle, die noch bis einschließlich 2024 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mitfinanziert wird, mit zwei Vollzeitstellen auf Hochtouren.



Stand der Fair Toys Organisation auf der Spielwarenmesse
Dr. Michael Fraas, Helga Riedl, Marcus König, Barbara Fehn-Drahnfeld,
Dr. Jürgen Bergmann, Christian Ulrich

Gemeinsam mit dem Vorstand, paritätisch besetzt aus den beiden Kammern der Spielwarenbranche und der Zivilgesellschaft, wurden wichtige Meilensteine auf den Weg gebracht. Der Verhaltenskodex der FTO, der auf den Menschenrechtsabkommen und auf den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) basiert, bildet die Grundlage der Bewertung von Prozessen im Unternehmen und in der Lieferkette. Der Fokus liegt auf der Verantwortung des Unternehmens, die Sozial- und Umweltstandards an den eigenen Standorten sowie zunächst bei den unmittelbaren Lieferanten einzuhalten und kontinuierlich zu verbessern. Dies unterstreicht auch das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz, das im Januar 2023 in Kraft getreten ist. Ein Bewertungstool, der sogenannte „Fair-Performance-Check (FPC)“, ist ausgearbeitet. Die erfolgreiche und angemessene Umsetzung der darin formulierten Standards und Anforderungen soll in Zukunft mit dem FTO-Siegel bestätigt werden. Die ersten Firmen durchlaufen diesen Check im Jahr 2023 und können bei erfolgreicher Einstufung das Siegel auf ihren Produkten anbringen. So eröffnet sich den Unternehmen die Chance, ihren Kundinnen und Kunden gegenüber mit einem glaubwürdigen Engagement zu werben.



FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Eine zentrale Aufgabe der Gleichstellungsstelle ist es, zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Stadtverwaltung beizutragen. Sie setzt dazu auf mehreren Ebenen mit unterschiedlichen Maßnahmen an. So nutzt die Frauenbeauftragte die in der Frauenbeauftragtensatzung festgelegte Möglichkeit, an Personalauswahlverfahren teilzunehmen. Auch im Berichtszeitraum beteiligte sie sich vor allem an Vorstellungsgesprächen und Assessment Center Verfahren auf Dienststellenleitungsebene und in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Der Ansprechpartner für Männer nahm vor allem an Vorstellungsgesprächen in Bereichen mit einem sehr niedrigen Männeranteil an Beschäftigten teil.

NETZWERK FÜR FRAUEN IN FÜHRUNG BEI DER STADT NÜRNBERG

Die Verstetigung des 2019 gegründeten Netzwerks für Frauen in Führung ist eine Maßnahme aus dem GAP 2021-2023. Drei Mal jährlich lädt die Frauenbeauftragte die weiblichen Führungskräfte von der Team- bis zur Dienststellenleitung zu Netzwerktreffen mit inhaltlichem Input ein. So wurde über Vorgehen bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz informiert, die neue VUCA-Welt oder auch der Erfolgsfaktor Stimme vorgestellt. Pandemiebedingt musste ein Treffen abgesagt werden und fünf Veranstaltungen wurden digital durchgeführt.

VÄTER- UND MÜTTERBEFRAGUNG BEI DER STADT NÜRNBERG

Im März 2021 führte die Gleichstellungsstelle zusammen mit dem Bündnis für Familie die erste Väter- und Mütterbefragung durch. Väter und Mütter bei der Stadt Nürnberg mit Kindern unter 18 Jahren wurden zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf befragt.

Selten war die Belastung vieler Eltern so groß wie zu diesem Zeitpunkt: Schulen und Kindertagesstätten waren aufgrund der Corona-Pandemie schon seit längerer Zeit geschlossen. Daher haben 72 % der Mütter und 63 % der Väter angegeben, dass sie Situationen erleben, in denen sie sich bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf überlastet fühlen.

Eines der zentralen Ergebnisse war, dass die Mehrheit der bei der Stadt Nürnberg beschäftigten Eltern Familie und Beruf gut vereinbaren kann, sich durch Kolleg*innen und Vorgesetzte unterstützt fühlt und den Eindruck hat, dass die Stadt Nürnberg als Arbeitgeberin Familienfreundlichkeit wichtig nimmt.

WEITERE ERGEBNISSE:

Insgesamt haben 1.467 Eltern an der Befragung teilgenommen, davon 618 Väter, 830 Mütter und 19 Personen ohne Angabe.

628 Eltern haben das Freitextfeld genutzt, um weitere Wünsche und Anregungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu äußern. Dies entspricht 43 % aller Befragten.

Väter und Mütter aus der unteren Einkommensgruppe haben sich seltener beteiligt als Eltern aus der oberen Einkommensgruppe.

Etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten bei der Stadt Nürnberg zählen zur unteren Einkommensgruppe. Von den befragten Eltern sind es aber nur 34 %.

84 % der Väter, aber nur 16 % der Mütter arbeiten Vollzeit (das heißt mehr als 35 Stunden).

16% der Väter, aber nur 4 % der Mütter arbeiten im Schicht- bzw. Wechselschichtdienst.

Eltern im Schicht- und Wechselschichtdienst beurteilen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schlechter als Eltern mit anderen Arbeitszeitmodellen (z.B. Gleitzeit).

31 % der Väter, aber nur 13 % der Mütter sind Führungskräfte.

52 % der Väter und 68 % der Mütter haben während ihrer Tätigkeit bei der Stadt Nürnberg Elternzeit genommen.

Von den Vätern, die bei der Stadt Nürnberg Elternzeit für ihr jüngstes Kind genommen haben, haben 71 % nur 2 Monate Elternzeit genommen.

Bei den Müttern haben 55 % mehr als 12 Monate und 33 % 6 bis 12 Monate Elternzeit genommen.

Lediglich 46 % der Eltern fühlen sich gut oder eher gut über Möglichkeiten zur Vereinbarkeit informiert.



Der Bericht zur Befragung wurde dem Personal- und Organisationsausschuss im Oktober 2021 vorgelegt. Auf der Grundlage der Ergebnisse wurden mit den relevanten Bereichen in der Stadtverwaltung folgende drei Handlungsempfehlungen erarbeitet: Flexibilisierung der Arbeitszeit, besonders auch für Väter und Mütter im Schicht- bzw. Wechselschichtdienst, bessere Informationsbereitstellung und Vereinbarkeitskultur in allen städtischen Dienststellen. Die beteiligten Dienststellen arbeiten an deren Umsetzung und konnten bereits erste Teilerfolge, wie die Veröffentlichung einer informativen Themenseite im Intranet „Familie, Privatleben und Beruf vereinbaren“ vorlegen. Weitere Schritte sind für 2023/2024 geplant.

TOTAL E-QUALITY

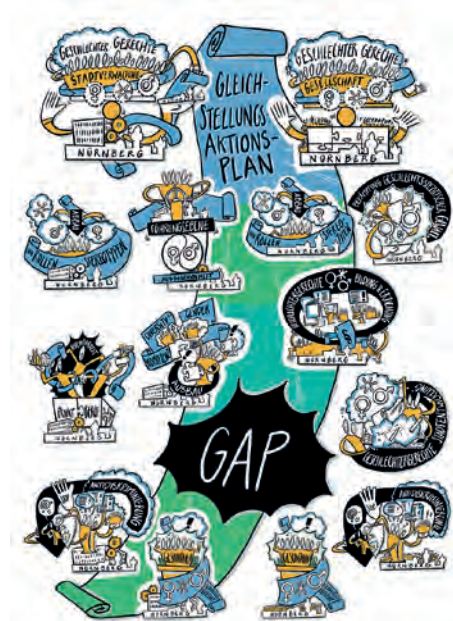
Die verschiedenen gleichstellungspolitischen Maßnahmen und Projekte haben dazu beigetragen, dass die Stadtverwaltung Nürnberg 2022 zum achten Mal mit dem Prädikat „Total E-Quality“ ausgezeichnet wurde. Diese Auszeichnung vergibt der Verein Total E-Quality Deutschland an Verwaltungen und Organisationen aus Wirtschaft und Wissenschaft, die eine an Chancengleichheit orientierte Personal- und Organisationspolitik umsetzen.

GLEICHSTELLUNGSAKTIONSPLÄNE

Mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene im Jahr 2010 hat sich die Stadt Nürnberg verpflichtet, ihre gleichstellungspolitischen Ziele und Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen und an aktuelle Bedarfe, sowohl im Bereich der Stadtverwaltung als auch in Richtung Stadtgesellschaft, anzupassen.

Dies geschieht in Form von Gleichstellungsaktionsplänen (GAP), die alle drei Jahre evaluiert, angepasst und durch den Stadtrat verabschiedet werden. Den jeweiligen Gleichstellungsaktionsplan erstellt die Gleichstellungsstelle mit Hilfe von Kolleg*innen aus allen Geschäftsbereichen und Referaten der Stadtverwaltung. Das entsprechende Gremium – die Koordinierungsgruppe Gender – trifft sich unter Federführung der Gleichstellungsstelle regelmäßig und tauscht sich zu aktuellen gleichstellungspolitischen Entwicklungen aus.

Die Arbeit der Koordinierungsgruppe Gender Ende des Jahres 2020 und zu Beginn des Jahres 2021 war geprägt von der Evaluation des GAP 2018-2020 und der Erstellung des GAP 2021-2023. Der GAP 2021-2023 enthält insgesamt 92 gleichstellungspolitische Ziele und über 100 Maßnahmen zu unterschiedlichen Aspekten, wie dem Abbau von Rollenstereotypen, der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf oder geschlechtergerechter Bildung und Erziehung sowie geschlechtergerechter Stadtentwicklung. Er wurde am 19. Mai 2021 vom Stadtrat verabschiedet. Außerdem hat der GAP 2021-2023 ein neues Gewand erhalten: Ein neues Layout inklusive Illustrationen lockern den Aktionsplan für Leser*innen auf und stellen verschiedene Aspekte ansprechend dar. Ein kompakter Flyer, der den Aktionsplan erklärt und einige Ziele und Maßnahmen exemplarisch darstellt, ist ebenfalls online und in der Gleichstellungsstelle erhältlich. Der nächste GAP 2024 – 2026 ist bereits in Arbeit und wird den Schwerpunkt „Bekämpfung von Geschlechtsspezifischer Gewalt“ haben.



Die Illustrationen stellen die verschiedenen Aspekte des Gleichstellungsaktionsplans dar.



Nach einer coronabedingten Pause konnte am 14. Februar 2022 wieder vor Ort am Gewerbemuseumsplatz auf das Lied „Break the Chain“ gegen Gewalt an Frauen getanzt werden.



Frauenbeauftragte Hedwig Schouten übergibt Schulreferentin Cornelia Trinkl (rechts) und Sozialreferentin Elisabeth Ries (links) Tüten mit der Aufschrift „Gewalt kommt mir nicht in die Tüte!“.



In ihrem Grußwort bei der Eröffnung der Ausstellung „Rote Schuhe“, zum Thema Femizide, betonte die stellvertretende Frauenbeauftragte Michelle Fowinkel, dass Geschlechtsspezifische Gewalt Frauen aller sozialen Schichten und jeden Alters betrifft.

BEKÄMPFUNG GESCHLECHTS-SPEZIFISCHER GEWALT

Gleichberechtigung schützt vor Gewalt! Diese Kernaussage des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention, ist eine zentrale Grundlage der Arbeit der Gleichstellungsstelle.

VERTRAULICHE SPURENSICHERUNG

Der 1996 gegründete Arbeitskreis gegen Häusliche und Sexualisierte Gewalt, in dem die Staatsanwaltschaft, das Familiengericht, die Polizei, Beratungsstellen, Schutzeinrichtungen und städtische Dienststellen vertreten sind, trifft sich weiterhin zweimal jährlich und trägt dadurch wesentlich zur Vernetzung im Hilfesystem bei. Aus diesem Kreis entstand 2021 eine Unterarbeitsgruppe zum Thema „Vertrauliche Spurensicherung“. Diese ursprünglich Nürnberger AG wurde erweitert um weitere Gleichstellungsbeauftragte sowie Klinik- und Polizeivertretungen aus Fürth, Erlangen und Ansbach und die Landeskoordinierungsstelle „Häusliche und Sexualisierte Gewalt“.

Seit März 2020 ist die Finanzierung der vertraulichen Spurensicherung nach sexualisierter und körperlicher Gewalt gesetzlich verankert. Die für die Umsetzung in der Praxis erforderlichen Verträge wurden im Berichtszeitraum jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Kliniken in Nürnberg und den oben genannten Städten sind in Vorleistung gegangen und bieten Betroffenen, die (noch) keine Anzeige erstatten möchten, vertrauliche Spurensi-

cherung bei sexualisierter Gewalt an. Die AG veröffentlichte einen kompakten Flyer mit den wichtigsten Informationen für Betroffene und erstellte die Website vssmittelfranken.nuernberg.de mit Links zu den lokalen Beratungsstellen im Raum Nürnberg.

BESTANDSAUFNAHME ZUR UMSETZUNG DER ISTANBUL-KONVENTION AUF LOKALER EBENE

Die Gleichstellungsstelle führte zwischen November 2021 und Februar 2022 eine Bestandsaufnahme als Onlinedienst durch. Die Zielgruppe waren alle Akteur*innen und Einrichtungen im Stadtgebiet, die mit den Themen Geschlechtsspezifische und Häusliche Gewalt in Berührung kommen. Die Auswertung der Bestandsaufnahme gibt einen realistischen Überblick zur Situation in Nürnberg, macht die aus der Praxis zurückgemeldeten Bedarfe deutlich und bietet somit eine solide Grundlage zur Erstellung des nächsten Gleichstellungsaktionsplans, der den Schwerpunkt Bekämpfung Geschlechtsspezifischer und Häuslicher Gewalt haben wird.

BARCAMPS „ISTANBUL-KONVENTION UMSETZEN!“

Zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Expertise aus dem Hilfesystem führte die Gleichstellungsstelle zwei BarCamps durch. Aufgrund der Pandemie fand das erste im November 2021 im kleineren Kreis statt. Bei BarCamp Vol. 2. im September 2022 haben 40 Teilnehmende aus unterschiedlichen Bereichen Schwerpunkte identifiziert und Inputs für die Maßnahmen des nächsten GAPs erarbeitet.

BEAUFTRAGTE FÜR DISKRIMINIERUNGSFRAGEN

Im Jahr 2020 erfolgte eine Neubesetzung und inhaltliche Erweiterung der Stelle der Beauftragten für Diskriminierungsfragen. Zusätzlich zum bisherigen Aufgabengebiet der Antidiskriminierungsarbeit wurde der Bereich der LSBTIQ-Arbeit dort angesiedelt.

Die Beratungsarbeit stand 2020 bis 2022 hauptsächlich im Zeichen der Pandemie; bestimmend waren hier die Auseinandersetzung mit der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung im Zusammenhang mit dem Mund-Nasen-Schutz und dem Impfstatus. Die Beratungsanfragen nahmen im Zeitraum um ca. 22 Prozent zu. Diese Entwicklung deckt sich mit den Daten und Erkenntnissen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Eine genaue Auswertung der Beratungsanfragen ist unter dem Punkt Beratungen auf Seite 24 zu finden. Die Daten der Beratungsarbeit vor Ort werden regelmäßig strategisch ausgewertet und die Befunde in die (präventive) Arbeit eingebunden.

STRUKTURENTWICKLUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Noch immer wissen Menschen, die von Benachteiligung betroffen sind, zu wenig über ihre Rechte und vor über die Möglichkeiten der Gegenwehr. Ziel der Arbeit der Beauftragten für Diskriminierungsfragen ist es, durch Öffentlichkeitsarbeit, Information und Aufklärung einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung zu leisten. Dies umfasst u.a. auch Gespräche vor Ort, Besuche in anderen Kommunen, bei Projektträgern sowie Beiträge im Rahmen von Fachveranstaltungen.

VORSTELLUNG DER BERATUNGSANFRAGEN

Die jährlichen Berichte über Diskriminierungsfälle der Beauftragten für Diskriminierungsfragen wurden 2021 und 2022 in städtischen Gremien und Arbeitskreisen vorgestellt und diskutiert, um Handlungsempfehlungen für die eigene Arbeit zu entwickeln.

SCHULUNGEN UND BERATUNGSLEISTUNGEN

- An Hochschulen, Vereinen und bei Fachveranstaltungen wurden im Berichtszeitraum 32 Vorträge, Schulungen oder Workshops abgehalten.
- Für die Beschäftigten der Stadt Nürnberg wurde eine eigene Schulung rund um das AGG und Dis-

kriminierung entwickelt und im Fortbildungsprogramm aufgenommen.

- Begleitet und geschult wurden das Staatstheater Nürnberg bei der Entwicklung einer eigenen Dienstvereinbarung zum Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung sowie das Germanische Nationalmuseum und die Klinik Dr. Erler Nürnberg bei Maßnahmen für Diversität und gegen Diskriminierung.

- Die Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Nürnberg wurde intensiviert. Die Fallbearbeitung erfolgt je nach Konstellation gemeinsam.

NETZWERKARBEIT

BUNDESEBENE: NETZWERK KOMMUNALER ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLEN

Das Netzwerk verfolgt das Ziel, Kommunalverwaltungen im Aufbau und der strukturellen Weiterentwicklung von Antidiskriminierungsstellen sowie der Erarbeitung präventiver Handlungskonzepte zu unterstützen. Es dient dem kollegialen Erfahrungsaustausch und der Weiterqualifikation aller Mitglieder sowie der gemeinsamen Entwicklung von Strategien und Handlungsempfehlungen. Das Netzwerk kommunaler Antidiskriminierungsstellen trifft sich mindestens einmal im Jahr und umfasst mittlerweile 27 Städte. Nürnberg ist neben Heidelberg Sprecherin für das bundesweite Netzwerk und organisiert die jährlichen Netzwerktreffen, die 2021 in Nürnberg und 2022 in Heidelberg stattfanden.

KOOPERATION MIT DER ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES

Im Berichtszeitraum konnten in mehreren Best-Practice-Sammlungen der ADS des Bundes gute Praxis-Beispiele aus Nürnberg geliefert werden, z.B. zum Thema Wohnen oder Umgang mit sexueller Belästigung.

Lokal und überregional: Auf regionaler Ebene besteht ein enger Austausch mit Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Stellen der Migrations- und Integrationsarbeit, der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und aus den queeren Netzwerken. Regelmäßig werden neben dem Austausch auch gemeinsam Veranstaltungen durchgeführt wie z.B. die Veranstaltungsreihe mit dem Behindertenrat

oder Veranstaltungen spezifisch zu antimuslimischem und antischwarzem Rassismus.

BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN

EINZELFALLBERATUNG

Diskriminierung kann krank machen und traumatisieren. In Beratungsgesprächen zeigen sich schwierige Gesprächssituationen, wie bspw. aufgebrachte und empörte Ratsuchende, aber auch hohe Betroffenheit und psychische Belastungen. Was in Nürnberg fehlt, ist eine psychosoziale Begleitung und Stabilisierung, ein kostenfreies Angebot ähnlich den Beratungsstellen für Betroffene von Gewalt. Begleitend sollten Empowerment-Angebote geschaffen werden; dies könnte niedrigschwellig in Bereichen wie in der Schule, im Verein aber auch im Arbeitsleben Menschen stärken und Handlungsmöglichkeiten bei Mobbing aufzeigen.

GESETZLICHE SCHUTZLÜCKEN

Die Beauftragte für Diskriminierungsfragen weist in der alltäglichen Arbeit kontinuierlich auf grundlegende Defizite im AGG hin. Um eine effektivere Rechtdurchsetzung in der Praxis zu erreichen, bedarf es u.a.

- der Verlängerung der Anzeigefrist
§ 15 Abs. 4 AGG, § 20 Abs. 5 AGG
- der Einführung der Verbandsklage
- einer Erweiterung der Diskriminierungsmerkmale (z. B. sozialer Status)
- des Ersatzes des Terminus „Rasse“ durch „rassistische Gründe“.

Darüber hinaus sind in Bayern die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle sowie ein Landesantidiskriminierungsgesetz zwingend notwendig, um Schutzlücken im Bereich Bildung und Polizei/staatliche Stellen zu schließen. Diese Forderung wurde bei jeder sich ergebenden Möglichkeit platziert. Die Erfahrung aus elf Jahren kommunaler Antidiskriminierungsarbeit zeigt Handlungsbedarf. Diskriminierung lässt sich nicht abarbeiten, wohl aber lassen sich Bewusstsein schärfen und gesetzliche Schutzlücken füllen. Dabei sollte der Fokus nicht alleine auf der Stärkung der Rechte von Betroffenen liegen, sondern auch die Gesamtgesellschaft in die Pflicht zur Vermeidung von Diskriminierung genommen werden. Benachteiligungserfahrungen erschüttern nicht nur das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und politische Institutionen, sondern beeinträchtigen auch das Zugehörigkeits- und Sicherheitsgefühl der Betroffenen und schaden so dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.



AKTIONSPLAN QUEERES NÜRNBERG

Am 23.02.2022 hat der Nürnberger Stadtrat den Aktionsplan Queeres Nürnberg mit großer Mehrheit verabschiedet. Damit ist in Nürnberg der erste bayerische Aktionsplan zu den Belangen queerer Menschen in Kraft getreten. Für ihr Engagement wurde Christine Burmann 2021 von der Organisation Prout at work als ProutPerformer im öffentlichen Dienst ausgezeichnet.

WAS HEISST AKTIONSPLAN?

Aktionsplan bedeutet eine Art Hausaufgabenheft für die Verwaltung, in welchem sie sich verpflichtet, in einem Zeitraum bestimmte Maßnahmen und Aktivitäten umzusetzen, vergleichbar den bestehenden Aktionsplänen für die Bereiche Integration, Inklusion, Gleichstellung und in der Seniorenarbeit. Der Aktionsplan Queeres Nürnberg hat eine Laufzeit von 2022 bis 2025. Im Jahr 2025 wird er evaluiert und je nach Befundlage fortgeschrieben.

WAS SIND DIE ZIELE DES AKTIONSPLANS?

1. Schärfung des Bewusstseins für die Herausforderungen und Erfahrungen der LSBTIQ-Community und deren Berücksichtigung in der kommunalen Angebotsplanung
2. Stärkung der Communitystrukturen in Nürnberg
3. Aktives Eintreten für den Schutz und gegen jede Form von Diskriminierung.

WARUM HAT SICH DIE STADT DIESE SELBSTVERPFLICHTUNG GEGEBEN?

Mit der Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2013 an die LSBTIQ*-Aktivistin Kasha Nabagesera begann eine kommunale

Auseinandersetzung mit dem Diskriminierungserleben von LSBTIQ*. Arbeitsgruppen in den Stadtverwaltungen Nürnberg und Erlangen begannen, queere Perspektiven in ihre Fachlichkeit einzubinden, allerdings noch ohne konzertierten, verwaltungsübergreifenden Prozess, der die Berücksichtigung von queeren Belangen als Querschnittsaufgabe in allen Verwaltungsbereichen definiert.

Nach der Kommunalwahl im März 2020 beauftragte die SPD-Stadtratsfraktion im Mai 2020 die Stadtverwaltung Nürnberg, einen Masterplan „Queeres Nürnberg“ zu entwickeln. Die Erarbeitung sollte mit der Community gemeinsam in einem umfassenden, partizipativen Prozess erfolgen und die Belange lebensphasenorientiert erfasst werden. Ein noch offener Antrag von Bündnis90/Die Grünen aus dem Jahr 2019 „Erstellung kommunaler Leitlinien für den Umgang und die Arbeit mit LGBTQ*-Kindern und -Jugendlichen in kommunalen Einrichtungen“ wurde ebenso in die Bearbeitung des Prozesses eingebunden wie der „Ergänzungsantrag zum Masterplan Queeres Nürnberg“ von DIE LINKE von Juni 2020.

Die Anträge wurden verfügt an die Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle unter Einbindung der Bereiche der 2. Bürgermeisterin (Kultur), Referat III (Umwelt und Gesundheit), Referat IV (Schule und Sport), Referat V (Jugend, Familie und Soziales) und dem Direktorium Bürgerservice, Digitales und Recht. Die Federführung für den Aktionsplan Queeres Nürnberg liegt bei der Beauftragten für Diskriminierungsfragen, Christine Burmann.

WER HAT SICH DIE MASSNAHMEN AUSGEDACHT?

2020 und 2021, wurde, trotz Pandemie, ein groß angelegter Beteiligungsprozess mit der Community, mit Fachpersonen aus Wissenschaft, Politik und Praxis sowie bundesweiten Netzwerken umgesetzt. Hierfür fanden Online-Diskussionsformate z.B. zu Jugend- und Schulthemen oder Regenbogenfamilien statt, Einzel- und Gruppeninterviews, Diversity-Stadtspaziergänge und ein Speed-Dating mit der Verwaltung. Ergänzend wurde ein digitales Angebot aufgelegt. In einem online verfügbaren Fragebogen konnten Wünsche und Ideen zu noch fehlenden Angeboten für queere Menschen vermerkt werden. Rund 400 Personen haben das Angebot genutzt und ihre Wünsche und konkrete Maßnahmenvorschläge in den Prozess eingebracht.

WAS WIRD BIS 2025 UMGESETZT?

Insgesamt wurden aus dem Beteiligungsprozess mehr als hundert Maßnahmen quer durch die Verwaltung festgelegt. Sie umfassen die Bereiche, Kindheit, Jugend, Familie, Migration und Integration, Kultur und Sport, Erinnerungsarbeit, Senior*innenarbeit, Antidiskriminierung, Gesundheit und Sichtbarkeit.

WAS HEISST DAS KONKRET?

Bereits etablierte Maßnahmen laufen in den Fachbereichen weiter, neue Maßnahmen kommen hinzu. Beispiele:

Die Beschäftigten der Verwaltung machen sich über Schulungen fit zu queeren Themen, damit sie die Belange von queeren Menschen in den eigenen Angeboten gut berücksichtigen können. Der jährliche Austausch mit Aktivist*innen aus den Partnerstädten rund um den Christopher-Street-Day wurde verstetigt.

Neu entstandene Angebote sind 2022 bereits eigene queere Nachmittage in den städtischen Jugendzentren, eine queere Senior*innengruppe im Kulturzentrum Bleiweiß, ein queerer Besuchsdienst. Es gab einen Aufruf des Stadtarchivs an die Community um die queere Geschichte der Stadt zu sammeln. Die Stadtbibliothek veranstaltet regelmäßig mit der Beauftragten für Diskriminierungsfragen die Aktionswoche Queer rund um den IDAHOBIT und es wurden Maßnahmen für mehr Sichtbarkeit zu queeren Themen ergriffen.

WER KONTROLLIERT DIE UMSETZUNG?

Für das Monitoring der Umsetzung gibt es eine begleitende Koordinierungsgruppe. Diese besteht aus Vertreter*innen der beteiligten Referate und aus der Community und Wissenschaft. Diese Zusammensetzung ermöglicht eine direkte Kommunikation und das schnelle reagieren auf akute Bedarfe. Die Geschäftsführung der Koordinierungsgruppe ist bei der Beauftragten für Diskriminierungsfragen angesiedelt.

BEDARFE: Was durch den Aktionsplan deutlich wird ist, dass ein derzeit bestehendes Stundenkontingent von ca. 5 Stunden für die Tätigkeit nicht ausreichend ist und weder den Themen noch den Bedarfen der queeren Community Nürnbergs gerecht werden kann, hier sollte nachgebessert werden.

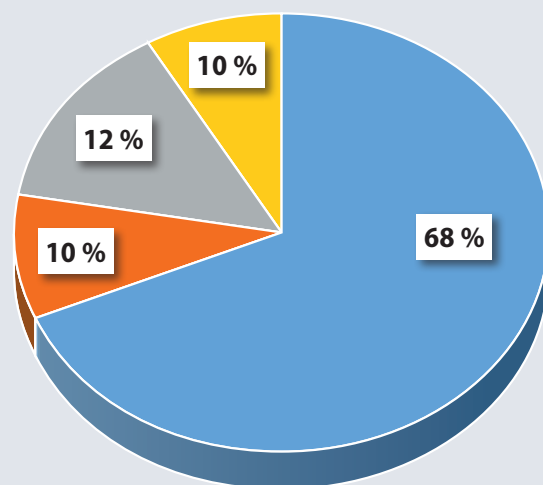
BERATUNGEN

Ein wesentlicher Anteil der Arbeit der Beauftragten für Diskriminierungsfragen, der Gleichstellungsstelle und des Präventionsnetzwerks sind die persönlichen und telefonischen Beratungen. Mitarbeitende der Stadtverwaltung, Menschen aus allen sozialen Schichten, aller Altersstufen, mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten und verschiedener Nationalitäten wenden sich als Rat- und Informationssuchende, als Beschwerdeführer*innen und auch mit Anregungen an die Kolleg*innen in der Stabsstelle.

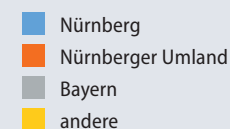
Diese Beratungsgespräche geben wichtige Erkenntnisse über alltägliche Diskriminierungser-

fahrungen von Frauen* und Männern*. Die Bitte um Unterstützung ist für viele ratsuchende Bürger*innen die letzte Hoffnung, noch eine Lösung zu finden. Der Problemdruck ist deshalb oft sehr groß und erfordert ein schnelles und unbürokratisches Handeln. Sie bekommen Wege eigener eigenständigen Interessensvertretung aufgezeigt und werden dazu ermutigt, diese auch durchzusetzen.

Teilweise konnten die Beratungsanliegen durch die Stabsstelle begleitet und gelöst werden, teilweise mussten die Ratsuchende an andere Anlaufstellen verwiesen werden.



ANFRAGEN NACH REGIONEN



Zugang Erstkontakt

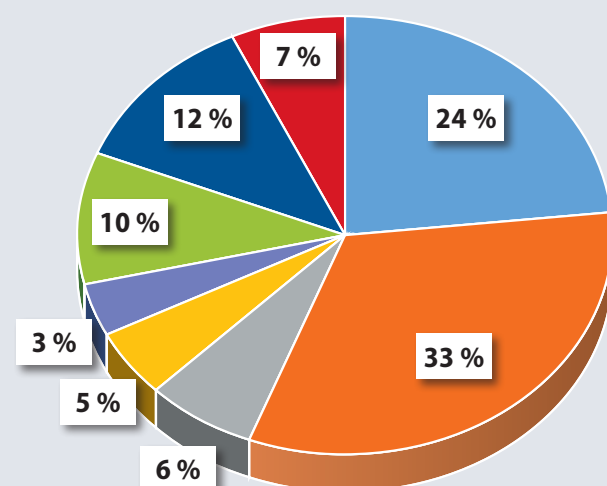
Telefon	56 %
Kontaktformular	24 %
E-Mail	12 %
Schreiben	1 %
Persönlich	5 %

613 Anfragen;

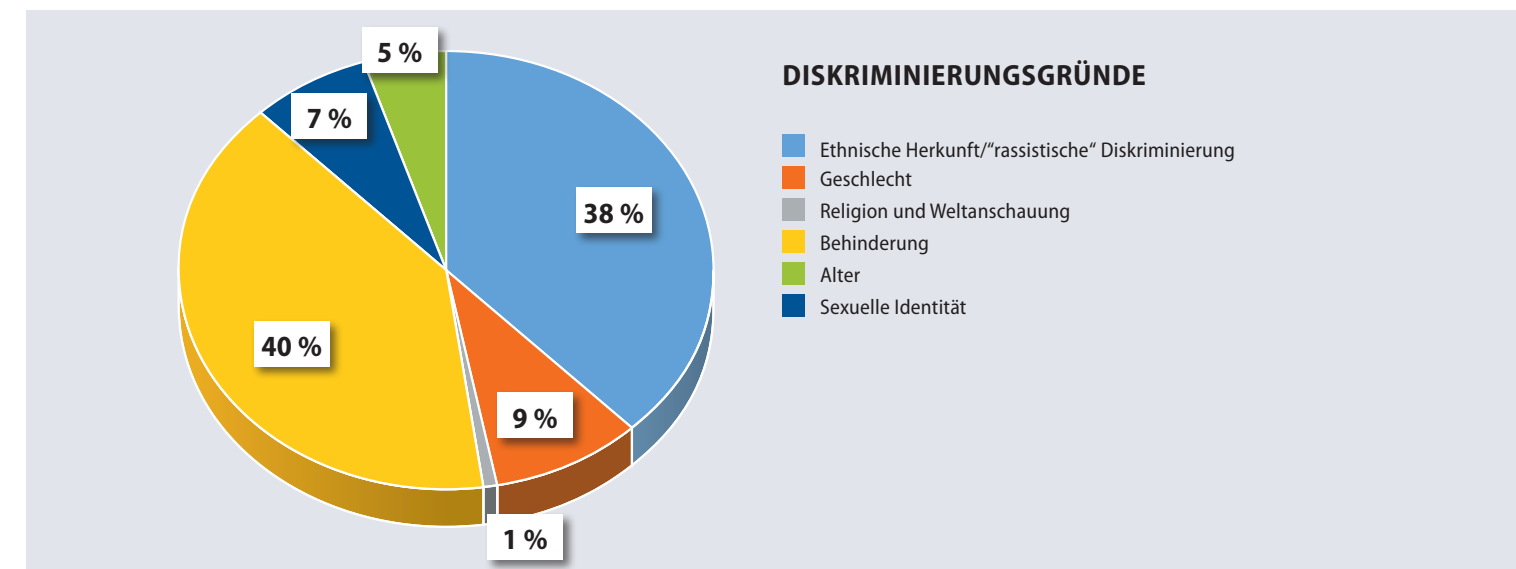
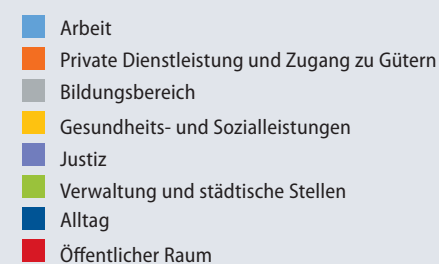
Gesamtsumme der Kontakte: 1377

Mehrfachkontakt: 61 %

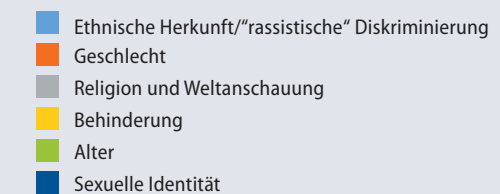
AGG – Relevanz: 63 %



LEBENSBEREICHE



DISKRIMINIERUNGSGRÜNDE



EINZELFALLBERATUNG – BEAUFTRAGTE FÜR DISKRIMINIERUNGSFRAGEN

Im Berichtszeitraum hat die Beauftragte für Diskriminierungsfragen 1377 Kontakte, 623 Beratungsfälle und in 61 % der Beratungsfälle Mehrfachkontakte verzeichnet. Dies bedeutet einen Anstieg der Anfragen um 22 % im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum.

Die Beratungsanfragen waren in den Jahren 2020 bis 2022 geprägt durch die Pandemie; hier haben sich gänzlich neue Phänomenbereiche gezeigt, die neue Herangehensweisen und die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Lebensbereichen erforderten. Im Vordergrund standen vor allem Anfragen zum Thema Mund-Nasenschutz und Impfstatus. Schwierig war die Bewertung der AGG-Anfragen mit Corona-Bezug dahingehend, als die Prüfung der Diskriminierung stark einzelfallabhängig war. Grundsätzlich gilt, ein Impfstatus ist keine nach dem AGG geschützte Eigenschaft, erst im Zusammenhang mit weiteren AGG-Merkmalen kann er zu einer Diskriminierung führen. Bei Fallanfragen zum Thema Mund-Nasenschutz zeigte sich, dass vor allem Menschen mit Behinderungen und Traumata über zwei Jahre von erheblichen Ausschlüssen betroffen waren. Diese betrafen zum Beispiel den Zugang zum Einzelhandel, zu Ärzt*innen und Gesundheitsleistungen, aber auch den Transport im ÖPNV. In Fällen von berechtigten Befreiungen vom Tragen des Mund-Nasen-Schutzes konnte der Schutz nach den bestehenden Rechtsverordnungen nicht eingelöst werden.

Neben dem Merkmal Behinderung bildeten Anfragen zu rassistischer Diskriminierung die zweitgrößte Gruppe. Hier wurden zahlreiche Anfragen aus dem Kita- und dem Bildungsbereich sowie

dem Wohnungsmarkt verzeichnet. Der Bereich der öffentlichen Bildung liegt in der Länderzuständigkeit und ist damit nicht über das AGG abgedeckt. Hier wurden jeweils Einzelfalllösungen gesucht. Bewährt hat sich hier die Methode der Mediation, um die Sensibilität und den Perspektivwechsel zu bestimmten Themen zu erhöhen.

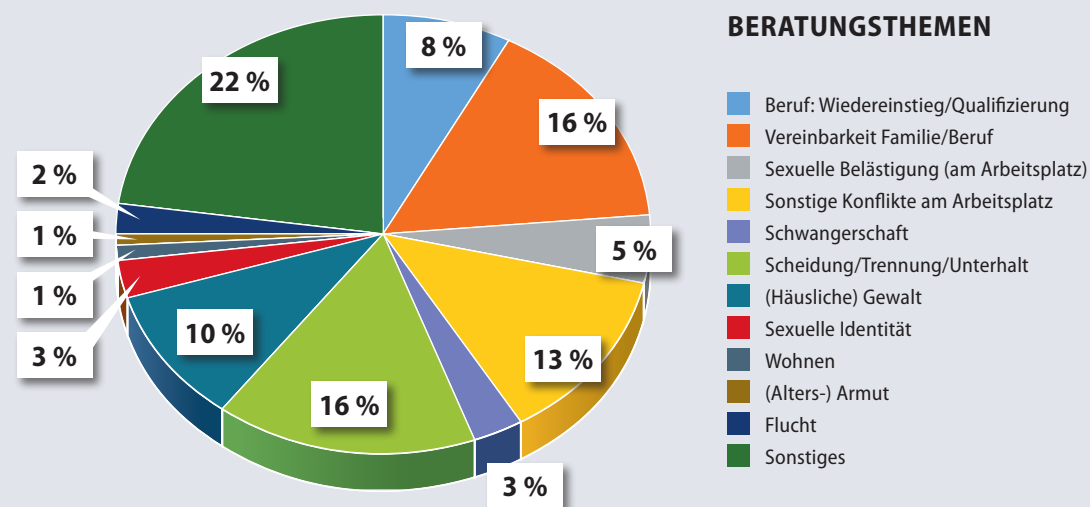
Im Bereich Wohnungsmarkt bezogen sich Diskriminierungen auf die (zugeschriebene) Herkunft sowie die soziale Lage der Betroffenen. Neben der Schwierigkeit der Beweisbarkeit kommt hinzu, dass „Soziale Lage“ kein geschütztes AGG-Merkmal ist. In der überwiegenden Anzahl der Fälle konnten über Stellungnahmen einvernehmliche Lösungen erzielt werden.

Erfreulich ist der Rückgang der Meldungen zu Diskriminierung in städtischen Stellen zu bewerten, hier scheinen Maßnahmen wie interkulturelle Trainings, Menschenrechtsbildung und Schulungen zu Antidiskriminierung sowie klare Regelungen im Falle von Diskriminierungen Früchte zu tragen.

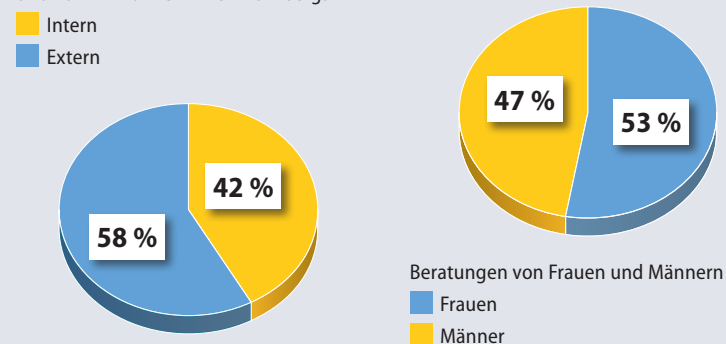


Mit der neuen Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Ferda Ataman (links), wird eine intensive Vernetzung und Kooperation angestrebt.

EINZELFALLBERATUNG - GLEICHSTELLUNGSSTELLE



Beratungen von Beschäftigten der Stadtverwaltung und von Einwohner*innen Nürnbergs



Insgesamt wurden im Berichtszeitraum in der Gleichstellungsstelle 568 Beratungen zu verschiedenen Themenbereichen (siehe Diagramm mit den Tätigkeitsfeldern) durchgeführt. Dabei wurden 300 Frauen und 268 Männer beraten und davon 73 Personen weitervermittelt. Die Zahl der Beratungen liegt niedriger als im vorherigen Berichtszeitraum (875 Beratungen). Dies ist auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie mit verschiedenen Lock-downs zurückzuführen.

Die hohe Zahl der Beratungen unter „Sonstiges“ hat die Gleichstellungsstelle veranlasst, seit 01.01.2023 eine differenziertere Erfassung der Themenbereiche zu ermöglichen.

BERATUNG UND FALLMANAGEMENT BEI VERDACHTSFÄLLEN VON RADIKALISIERUNG

Die Koordinierungsstelle des Nürnberger Präventionsnetzwerks bietet Ratsuchenden vertrauliche Beratung und Informationen zum Thema islamistische Radikalisierung an. Dies kann auch telefonisch und anonym erfolgen. Die Koordinierungsstelle analysiert die individuelle Situation und koordiniert konkrete Schritte. Dabei ist die Aktivierung von vorhandenen lokalen Netzwerkpartner*innen wie dem Bedrohungsmanagement Mittelfranken, Kolleg*innen im Jugendamt, Sozialverbänden, Moscheegemeinden und Polizei möglich. Bei Bedarf können Partner*innen der auf Landesebene organisierten Deradikalisierungsarbeit (Violence Prevention Network – Beratungsstelle Bayern) vermittelt werden.

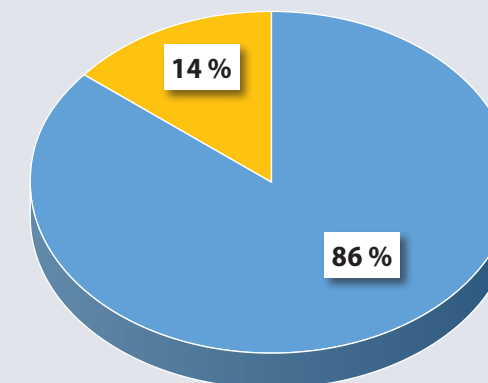
Bei insgesamt 36 Beratungsfällen könnten drei im Erstgespräch geklärt werden. In 33 Fällen erfolgte die Beratung über einen längeren Zeitraum, meist verbunden mit der Vermittlung und Entwicklung von geeigneten pädagogischen Maßnahmen im multiprofessionellen Fallbetreuungsteam.

In fünf der 36 Fälle wurde aufgrund sich verhärtender Indizien das Violence Prevention Network eingeschaltet. Alle anderen Fälle wurden im multiprofessionellen Fallbetreuungsteam städtischer Radikalisierungsprävention bearbeitet.

31 der Anfragen stammten aus dem Stadtgebiet der Stadt Nürnberg, fünf aus benachbarten Landkreisen.

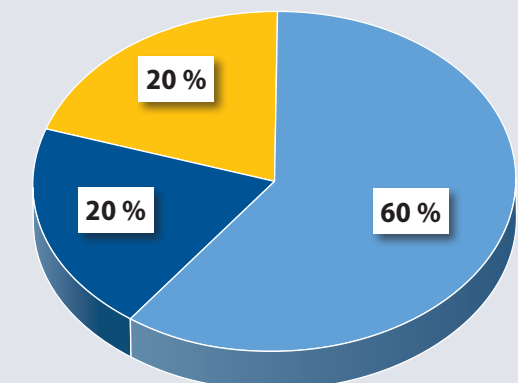
ANFRAGEN NACH REGION

Insgesamt 36
 Stadtgebiet 31
 Benachbarte Städte und Landkreise 5



ANFRAGEN NACH HERKUNFT

Insgesamt 35
 städtische Einrichtungen 21
 staatliche Behörden 7
 Nichtregierungsorganisationen 7



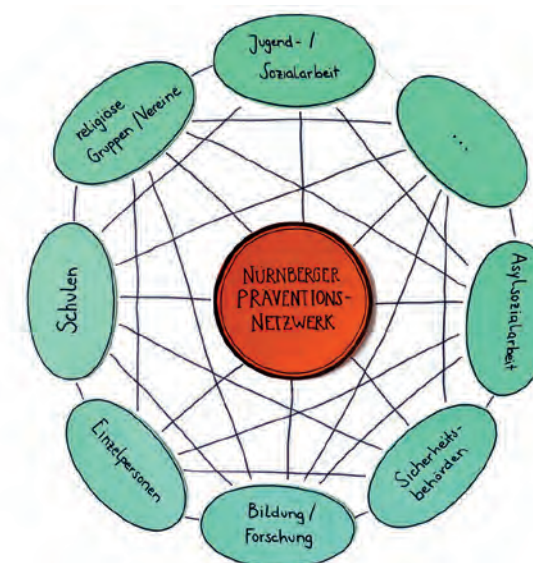
ANFRAGEN NACH ART DER FALLABWICKLUNG

Insgesamt 36
 Klärung bei Erstgespräch 3
 Beratung und Fallmanagement über längeren Zeitraum 33
 Einschaltung Deradikalisierungsarbeit (Violence Prevention Network – Beratungsstelle Bayern) 5¹

1) Auch hier wurden die anfragenden Einrichtungen / Personen weiterhin professionell begleitet bzw. beraten.

BERATUNG ZUM UMGANG MIT MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN

Die Unsicherheit beim Umgang mit muslimischen Organisationen war auch im Zeitraum von 2020 bis 2022 groß. Städtische Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche Behörden nahmen das Beratungsangebot des Menschenrechtsbüros zu Fragen des Umgangs mit muslimischen Organisationen in Kontext Flüchtlingsarbeit, Jugendarbeit sowie Einordnung durch den Verfassungsschutz wahr. Acht der 35 Anfragen stammten von Vertreter*innen staatlicher Behörden, sieben von Nichtregierungsorganisationen sowie 20 von Vertreter*innen städtischer Einrichtungen.



Das Präventionsnetzwerk umfasst zwischenzeitlich rund 40 Mitglieder aus vielen gesellschaftlichen Bereichen.

MENSCHENRECHTSBILDUNG

...nur wer die Menschenrechte kennt und versteht,
kann diese achten, einfordern und verteidigen.



Internationale Gruppe in der Straße der Menschenrechte

Ein breites Bildungsangebot ist deshalb eine wichtige Aufgabe des Menschenrechtsbüros, um in der „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ das Bewusstsein für diese Rechte zu wecken, zu stärken und auszubauen.

Dazu gehören zielgruppenspezifische Workshops zu unterschiedlichen Menschenrechtsthemen, teilweise im historisch-politischen Kontext, die neben Schulklassen und Studierendengruppen auch für Mitarbeitende der Verwaltung, der Polizei, der Bundeswehr und der Altenpflege, angeboten werden.

SEMINARANGEBOT IM MENSCHENRECHTSBÜRO:

- **Führung in der Straße der Menschenrechte**
- **Menschenrechtsseminar**
Lernen über, durch und für die Menschenrechte
- **Diskriminierungsfrei in Nürnberg**
Was ist Diskriminierung und was können wir tun?
- **Freiheit und Würde – Werte für alle**
Für geflüchtete Menschen – in unterschiedlichen Sprachen
- **17 Ziele für eine bessere Welt**
Ein Workshop zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen
- **Menschenrechtsbildung für die Stadtverwaltung**
Mit Fokus auf die menschenrechtliche Relevanz von Verwaltungsaufgaben
- **Menschenrechte in der Altenpflege**
Die Menschenwürde als Basis der Pflege

DIE HISTORISCH-POLITISCHEN SEMINAR-ANGEBOTE AN ERINNERUNGORTEN:

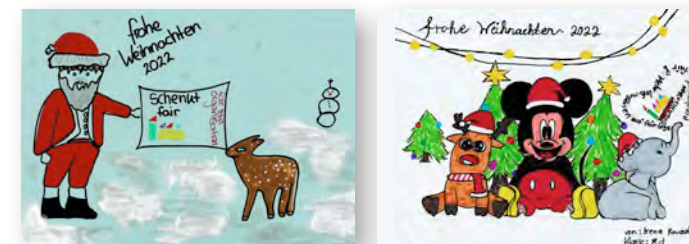
Diese sind auf den Websites des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände www.dokumentationszentrum-nuernberg.de und des Memorium Nürnberger Prozesse www.memorium-nuernberg.de zu finden.

Ein besonderer Höhepunkt der Bildungsarbeit ist immer ein Besuch der Menschenrechtsaktivist*innen. Sayragul Sauytbay, Preisträgerin des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2021, berichtete vor aufmerksam zuhörenden Schülerinnen und Schülern in der Lothar-von-Faber-Schule über die Zustände in Straf- und Umerziehungslagern in der chinesischen Region Xinjiang, die sie als Augenzeugin miterleben musste. Von weiteren 20 Schulklassen wurde der zur Menschenrechtspreisträgerin konzipierte Workshop gebucht. Wenn auch ohne Frau Sauytbay, jedoch mit Textpassagen aus ihrem Buch „Die Kronzeugin“, Filmausschnitten und weiteren Informationen, war das Interesse der Jugendlichen sehr groß.

Weiterer Baustein in der Bildungsarbeit ist die Gestaltung von Gedenktagen mit jungen Menschen. Unter dem Motto „Gedenken in junge Hände legen“ beteiligt das Menschenrechtsbüro Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schultypen bei der Gestaltung der offiziellen Gedenkfeiern wie Volkstrauertag und Holocaustgedenktag.



Nicht zuletzt bietet das Menschenrechtsbüro sowohl Beratung als auch Begleitung von Lehrkräften zur Durchführung von Unterrichtseinheiten zu Menschenrechtsthemen an. An der Geschwister-Scholl-Realschule wurde vor Weihnachten 2022 mit einer Klasse zum Thema faire Spielzeugproduktion gearbeitet. Für die daraus entstandene Postkartenaktion wurde die Klasse von der Baker Tilly Stiftung im Nachgang mit einem Geldpreis ausgezeichnet.



Weihnachtskartenaktion von Schülerinnen und Schülern der Geschwister-Scholl-Realschule

Corona bestimmte auch in der Bildungsarbeit das Denken und Handeln. Workshops in Präsenz waren lange Zeit gar nicht möglich, oder auch nur mit großen Auflagen wie Abstandsregeln und Maskenpflicht. Die historisch-politische Bildung konnte über einen längeren Zeitraum gar nicht stattfinden, da die Museen „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“ und das „Memorium Nürnberger Prozesse“ geschlossen waren. Deshalb erfolgte auch hier ein Umstieg auf digitale Angebote. Es gab ein Basisseminar Menschenrechte wie auch ein Antidiskriminierungsseminar, die in verkürzter Form digital, vor allem mit den Nachwuchskräften der Verwaltung, durchgeführt wurden.

Im Jahr 2022 konnte zu einer Art Normalbetrieb zurückgekehrt werden und nach einem eher schleppenden Start, erfahren die Bildungsangebote wieder großes Interesse von Seiten der Schulen und sonstigen Einrichtungen der Aus- und Fortbildung.

NEU IM BERICHTSZEITRAUM

Der Workshop „17 Ziele für eine bessere Welt“ wurde zu Beginn der Corona-Zeit für die digitale Durchführung gemeinsam mit dem Verein BLUE-PINGU e.V./SDGs go local entwickelt und zu einem späteren Zeitpunkt an eine Durchführung in Präsenz angepasst. Der Workshop richtet sich an Jugendliche ab der 8. Jahrgangsstufe. Die nachhaltigen Entwicklungsziele sollen 2030 erreicht sein. Die Jugendlichen von heute werden dann erwachsen sein. Sie sind direkt von der Erreichung der Ziele betroffen. Es geht also um nichts weniger als um deren persönliche Lebenswirklichkeit und Zukunft. Neben einer Sensibilisierung für die 17 Ziele geht



Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Realschule bei Aufnahmen zum Filmprojekt Fair Toys

es in dem Workshop auch um Handlungsnotwendigkeiten für die eigene Person – für Nürnberg – für Deutschland...

RECHTSTERRORISMUS HEUTE: BEISPIEL „NSU KOMPLEX“

Zehn Menschen wurden zwischen 2000 und 2007 aus einem einzigen Tatmotiv heraus ermordet, nämlich menschenverachtendem Rassismus – drei davon in Nürnberg. In dem Workshop wird den Teilnehmenden die Chronik des NSU-Komplexes mit Fokus auf die Opfer und deren Angehörige, dargestellt. Dabei nehmen sie die Perspektive der Betroffenen ein und diskutieren die Rolle der Behörden, der Medien und der Zivilgesellschaft. In anschließenden Arbeitsgruppen wird die Aktualität und Kontinuität des Rechtsextremismus in Deutschland am Beispiel der Anschläge von Hanau und Halle wie auch dem Mord an Walter Lübcke thematisiert. Eine Annäherung erfolgt auf verschiedenen Ebenen durch Texte, Bilder und Audiobeiträge. „Wie können wir den Feind*innen der Demokratie widersprechen?“ Diese Frage steht am Ende des Workshops.



BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus. Die Stadt Nürnberg ist seit 2015 als lokale „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD) Teil des Bundesprogramms. Sie ist eine von derzeit 357 Partnerschaften in ganz Deutschland und gemessen an der Einwohnerzahl die größte der insgesamt 35 beteiligten bayerischen Kommunen.

UMSETZUNG IN NÜRNBERG

Das städtische Menschenrechtsbüro ist das federführende Amt und kooperiert eng mit dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR). In der Einrichtung DoKuPäd – Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum ist die Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt. Sie unterstützt das Federführende Amt bei der Administration des Programms, koordiniert die Sitzungen der begleitenden Gremien und hält den Kontakt zu den verschiedenen Projektträgerinnen und Projektträgern. Außerdem betreut sie die Öffentlichkeitsarbeit des Programms.

GEFÖRDERTE PROJEKTE:

In den Jahren 2020-2022 konnten insgesamt 79 Projekte gefördert werden. Einblick in die geförderten Projekte gibt die Webseite www.demokratie-leben.nuernberg.de.

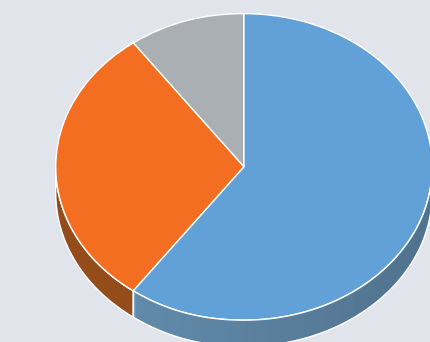


Insgesamt wurden über 1000 Briefe eingeworfen.

#POSITIVEPOST – SOLIDARITÄT ZEIGEN TROTZ LOCKDOWN

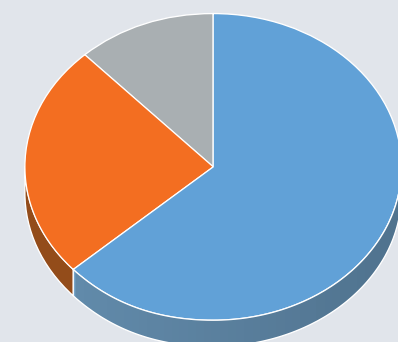
In der Zeit des ersten Lockdowns ab März 2020 wurde eine Solidaritätsaktion mit dem Titel „Positive Post“ von der Koordinierungs- und Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro ins Leben gerufen. Da die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeeinrichtungen und Seniorenheime besonders vom Lockdown betroffen waren, wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, ihnen „positive Post“ zu schicken, die vom Menschenrechtsbüro gesammelt und an die Einrichtungen weitergegeben wurde.

GEFÖRDERTE PROJEKTE



■ Aktions- und Initiativtopf: 47 = 60 %
 ■ Jugendfördertopf: 24 = 30 %
 ■ Mikroprojekte (seit 2022): 8 = 10 %

ZUR VERFÜGUNG STEHENDE MITTEL (PRO JAHR)



■ Begleitausschuss: 54.000 € = 63,5 %
 ■ Jugendausschuss: 21.000 € = 24,7 %
 ■ Öffentlichkeitsarbeit: 10.000 € = 11,8 %

Die Lage an den Schulen war im Jahr 2021 weiterhin kritisch, deshalb konnten außerschulische Angebote für Jugendliche nur schwer realisiert werden. Die Koordinierungs- und Fachstelle verwendete jedoch einen Teil der übrigen Gelder im Herbst und produzierte gemeinsam mit dem Menschenrechtsbüro, der Scharrer Mittelschule und der Kinderkommission einen Kurzfilm über die Situation von Jugendlichen in der Corona-Zeit. In diesem kommen besonders die Jugendlichen selbst zu Wort. Außerdem werden kinderrechtlich relevante Fragen aufgeworfen und von Expertinnen und Experten besprochen. [Der Film ist abrufbar auf dem YouTube-Kanal der Stadt Nürnberg.](#)



WEBSEITE ZUR STRASSE DER MENSCHENRECHTE

Im Laufe des Jahres 2021 entstand als gemeinsames Projekt der „Partnerschaft für Demokratie“, der Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle und dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, eine eigene Webseite zur Straße der Menschenrechte. Ziel der Webseite ist es, Informationen zum Kunstwerk, dem Künstler Dani Karavan, zu Nürnberg als „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ und den Menschenrechten allgemein einfach verständlich und kompakt für alle zugänglich zu machen. Außerdem finden Interessierte Informationen zu buchbaren Rundgängen der Bildungspartner*innen für verschiedene Zielgruppen. Ein wichtiger Baustein des Projekts ist die fortlaufende, ehrenamtliche Übersetzung der Webseite in alle Sprachen, die auch auf den Säulen des Kunstwerks sichtbar sind.

NEUES FÖRDERZIEL – INKLUSION FÖRDERN UND BARRIEREN ABBAUEN

Im Jahr 2022 wurde „Inklusion fördern und Barrieren abbauen“ als neues Förderziel festgelegt. Um diesem Ziel näher zu kommen, wurde zunächst intern ein Prozess angestoßen, bei dem sowohl die Ausschreibung als auch verschiedene Formulare und die Webseite auf Barrierefreiheit geprüft und überarbeitet wurden. Außerdem fanden Workshops der Initiative „Barrierefrei feiern“ statt, um sowohl die Ausschüsse als auch die geförderten Projektträgerinnen und Projektträger für das Thema zu sensibilisieren.



UMSETZUNG DER KAMPAGNE #DEMOKRATIERELEVANT

Auf den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen wurden Begriffe wie „Meinungsfreiheit“, „Grundrechte“ und „Zivilcourage“ vielfach instrumentalisiert und umgedeutet. Um dem etwas entgegenzusetzen und zu zeigen, dass wir alle relevant sind für den Erhalt der Demokratie, initiierte die Nürnberger PfD gemeinsam mit 15 weiteren Partnerschaften aus dem Bundesgebiet eine Kampagne unter dem Hashtag demokratierelevant. Innerhalb der Kampagne fanden verschiedene Veranstaltungen und Aktionen statt und es entstand eine eigene Webseite. In Nürnberg erarbeiteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Demokratie-Workshops ihre persönlichen Statements zum Thema Demokratie, die dann auf Square Flags festgehalten wurden.

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE – LANGE NACHT DER DEMOKRATIE

Neben weiteren Aktionen im Rahmen der Langen Nacht der Demokratie, wurden die während der #demokratierelevant Kampagne entstandene Stimmen zur Demokratie in der Straße der Menschenrechte ausgestellt. Auf den Square Flags sind sowohl Personen aus der Zivilgesellschaft als auch Mitglieder des Nürnberger Stadtrates zu sehen.

ALLIANZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DER METROPOLREGION NÜRNBERG

Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg versteht sich als solidarisches Netzwerk. Unabhängig vom politischen, sozialen, religiösen, nationalen oder rechtlichen Hintergrund ihrer Mitglieder tritt sie allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegen. Einzigartig ist die Kooperation auf Augenhöhe zwischen Gebietskörperschaften und Zivilgesellschaft. Der Allianz gehören inzwischen 160 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie 285 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen an (Stand: April 2023).

EIN STARKES NETZWERK

Die Stadt Nürnberg ist Gründungsmitglied der Allianz und beherbergt deren Geschäftsstelle in den Räumlichkeiten des Menschenrechtsbüros. Neben der Koordination verschiedener Kampagnen und Aktionen bündelt die Geschäftsstelle Beratungsangebote durch Mitglieder der Gremien, dokumentiert, sensibilisiert bei rechtsextremen Vorkommnissen in der Region und leistet Hilfestellung.

In unterschiedlichen Arbeitskreisen, wie etwa dem AK Sport und AK Bildung sowie den regelmäßigen Gremiensitzungen des Vorstands und des Koordinierungsgremiums tauschen sich die Mitglieder aus und planen gemeinsame Aktionen. Bei der 13. Mitgliederversammlung im Jahr 2021 kam es bei den Neuwahlen zu Änderungen im Vorstand und Koordinierungsgremium.



Menschenkette für Menschlichkeit 2021



Die Kampagne „Denk MIT statt quer“ setzte ein deutliches Zeichen am Gewerkschaftshaus.

KLARE KANTE GEGEN RECHTS – AUCH IN PANDEMIEZEITEN

Während auch die Arbeit der Allianz in den vergangenen Jahren deutlich von der Corona-Pandemie geprägt war, stand der Jahresbeginn 2020 zunächst ganz im Zeichen der im März anstehenden Kommunalwahlen. Mit der seit 2017 aktiven Kampagne Wer Demokratie WÄHLT Keine Rassisten (WDWKR), einer metropolregionsweiten Online-Mitmachaktion für angehende Kommunalpolitiker*innen und einem Aktionstag zusammen mit dem Bündnis Nürnberg hält zusammen unter dem Motto „Verliebt in Demokratie“ vor der Lorenzkirche am 15.2.2020, setzte die Allianz ein deutliches Zeichen gegen antidemokratische Haltungen. Auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 war die Kampagne WDWKR ebenfalls mit einer Großflächenplakatierung in der Metropolregion, zahlreichen Veranstaltungen und einer Mitmachaktion für Bundestagskandidat*innen aktiv.

Pandemiebedingt wurden Veranstaltungen und Aktionen in den digitalen Raum verlagert – so auch die Reihe Demokratie-Akademie mit kostenlosen Formaten zu unterschiedlichsten Themenfeldern. Andere kreative Aktionen, wie etwa das Flyer-Fahrrad zum 1. Mai ermöglichten trotz harter Kontaktbeschränkungen eine Sichtbarkeit der Allianz-Themen im öffentlichen Raum. So auch die neuen Banner- und Plakatkampagnen, die im Jahr 2021 starteten: „Denk MIT statt quer“ und „Wer

für Demokratie STEHT nicht mit Feinden der Demokratie auf der Straße“. Mit diesen reagierte die Allianz auf die steigende Zahl von Demonstrationen, später auch so genannten Spaziergängen in der Metropolregion Nürnberg, bei denen es immer wieder zu antisemitischen, demokratiefeindlichen bis hin zu rechtsextremen Äußerungen kam und entsprechende Symbole gezeigt wurden. Durch die Plakataktionen konnten die Demokrat*innen der Region in ihren Gemeinden und häufig entlang der Laufwege der Demonstrierenden ein deutliches Zeichen gegen menschenverachtende Haltungen und Verschwörungserzähler*innen setzen, ohne sich selbst einer Ansteckungsgefahr durch das Corona-Virus auszusetzen. In einer digitalen Unterschriftenaktion zur Kampagne konnten Anfang 2022 über 3.300 Unterschriften metropolregionsweit gesammelt werden und setzten so ein digitales Zeichen für Demokratie. Am 19.12.2021 rief die Allianz mit namhaften Unterstützer*innen zur Kundgebung „Gemeinsam gegen Corona und Spaltung. Für Demokratie und Mitmenschlichkeit“ am Kornmarkt und in der Straße der Menschenrechte auf. 2.000 Personen folgten dem Aufruf und bildeten am Ende der Kundgebung die „Menschenkette für Menschlichkeit“. Mit Kerzen und einer Schweigeminute wurde gemeinsam der Toten der Pandemie gedacht.



EIN KOFFER VOLLER DEMOKRATIE

Ein Koffer voller Demokratie ist ein von der Deutschen Fernsehlotterie unterstütztes Projekt, welches das in der Allianz und ihrem Netzwerk vorhandene Wissen weiteren Organisationen und Gebietskörperschaften dezentral zur Verfügung stellt. Der „Digitale Koffer voller Demokratie“ ist eine neue Plattform für Demokratieengagierte in der Metropolregion auf der Homepage der Allianz. Sie bietet einen ersten Überblick über das Demokratiewissen in der Region mit Filtermöglichkeiten nach Zielgruppen, Themengebieten und Formaten.

Neben dem „Digitalen Koffer voller Demokratie“ gibt es zudem einen Koffer „zum Anfassen“, der Gemeinden und Organisationen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. In diesem finden sich neben nützlichen Leitfäden zur Demokratiearbeit und Informationsmaterialien auch interaktive Formate zu unterschiedlichen Themenfeldern, die gerade in der Arbeit mit Jugendlichen oder während Aktionen zum Einsatz kommen können. Die Arbeit mit dem Koffer vor Ort bietet einen niedrigschwelligen Einstieg, sich über Demokratie auszutauschen, zu diskutieren und sich zu engagieren.

DEMOKRATIE MUSS GELEBT UND GEFEIERT WERDEN!

Bei der Langen Nacht der Demokratie, am 2. Oktober 2022, beteiligte sich die Allianz aktiv am Programm der Stadt. Neben einem umfangreichen Bühnenprogramm am Gewerbemuseumsplatz mit musikalischen Beiträgen des Raniin Trio, Ki'Luanda und Charles Junior sowie künstlerischen Live-Acts und dem Kabarettisten Oliver Tissot hatten die Besucher*innen die Möglichkeit, mit Kommunalpolitiker*innen bei einem Speed-Dating ins Gespräch zu kommen oder sich zu den Themen der Allianz zu informieren.



Plakatenthüllung zur Bundestagswahl 2021

NÜRNBERGER PRÄVENTIONSNETZWERK GEGEN RELIGIÖS BEGRÜNDETE RADIKALISIERUNG

Um dem Gefahrenpotenzial einer religiös bedingten Radikalisierung und den Anwerbeversuchen radikaler Prediger zu begegnen, wurde die Projektstelle 2016 etabliert. Als Partnerin des Bayerischen Netzwerks „Antworten auf Salafismus“ und finanziert aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gehört es zu den Hauptaufgaben der Projektstelle, möglichst viele Akteure aus dem Bereich der primären und sekundären Prävention zu gewinnen und zu vernetzen. Die Projektstelle arbeitet eingebettet in den phänomenübergreifenden Ansatz der Stadt Nürnberg, Extremismus und Radikalisierung vorzubeugen. Sie ist eng vernetzt mit der Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus sowie der Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention im Jugendamt der Stadt Nürnberg. Neben den unten beschriebenen Fortbildungen und Workshop-Angeboten bietet die Projektstelle auch ein umfangreiches Beratungsangebot zum Umgang mit muslimischen Organisationen und vor allem bei Verdachtsfällen der Radikalisierung an (Siehe Beratung S. 26)

NETZWERKARBEIT

Zwischenzeitlich gehören dem Netzwerk mehr als fünfzig Partnerorganisationen an – von Moscheegemeinden und Zuwanderervereinen, Schulen und Trägern der Jugendarbeit, Vertreter*innen von Sicherheitsbehörden und Stadtverwaltung bis hin zu vielen anderen Gruppen, die das Interesse an der Verteidigung einer offenen Gesellschaft verbindet. Dabei steht der Schutzgedanke für Gefährdete, vor allem junge Menschen, und deren Immunisierung gegen extremistische Agitation im Zentrum. Dem Netzwerkgedanken dienen unter anderem vier Arbeitstreffen zu Themen wie „Präventionsarbeit analog und digital – während COVID-19 und danach(?)“ oder „Radikalisierungsprävention in der Erwachsenenbildung“ sowie die Fachtage „Zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus – Pädagogisches Handeln in herausfordernden Situationen“ in Kooperation mit dem Institut für Pädagogik und Schulpsychologie (IPSN) im Dezember 2022 und „Pädagogik und Jugendarbeit mit jungen Muslim*innen für Demokratie und Vielfalt“ in Kooperation mit Jugendamt Stadt Nürnberg - Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention im Juni 2022.

FORTBILDUNGEN UND SENSIBILISIERUNGSTRAININGS

Die Projektstelle führte meist in Kooperation mit verschiedenen Projektpartner*innen 18 Fortbildungen um die Themen religiös begründete Radikalisierung sowie religiös unterlagerte Konfliktsituationen für unterschiedliche Zielgruppen durch. Mit diesen Fortbildungen wurden 210 Multiplikator*innen erreicht. Beispielhaft zu nennen sind der mit dem IPSN angebotene Kurs für Lehrkräfte „Von Islamismus bis Islamfeindlichkeit – Prävention von (religiös begründeter) Radikalisierung“ oder die mit der „Städteakademie Nürnberg Fürth Erlangen Schwabach“ sowie der „Islamberatung in Bayern“ angebotene Fortbildung „Brückenbauen zwischen Kommunen und muslimisch geprägten Lebenswelten“. Die überwiegende Zahl der Fortbildungen waren individuell den Bedürfnissen der anfragenden Stellen angepasst.

DIALOG UND KOOPERATION MIT MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN

Seit Etablierung des Präventionsnetzwerkes sind der Dialog und die Zusammenarbeit mit der muslimischen Zivilgesellschaft sowie die Einbindung muslimischer Vereine in kommunale Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit dem Ziel, muslimische Vereine und Moscheegemeinden im Transformationsprozess zu professionellen Sozialdienstleistern wie in der Jugendarbeit oder in der Seelsorge zu stärken, wurde diese Arbeit intensiviert. So konnten die Jugendgruppen von zwei Moscheegemeinden in die Strukturen des Kreisjugendrings vermittelt und die Teilnahme von zwölf Nürnberger*innen an der Seelsorgeausbildung bei Muslimische Seelsorge Augsburg (MUSA) organisiert und finanziert werden. Zudem wurde im Projekt „Kooperation muslimischer Vereine und der Stadt Nürnberg in der Radikalisierungsprävention und bei Krisensituationen“ eine intensivierte Kooperation mit vier Nürnberger muslimischen Vereinen aufgebaut. Dieses Projekt beinhaltete u.a. die Einbindung der Vereine in das Bedrohungsmanagement Mittelfranken, die Vernetzung mit staatlichen Strukturen der Radikalisierungsprävention wie der Beratungsstelle Radikalisierung im BAMF sowie die Durchführung von Fortbildungen in der Früherkennung von Radikalisierungstendenzen.



WORKSHOP-ANGEBOT FÜR SCHULKLASSEN UND JUGENDEINRICHTUNGEN

Ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit ist das Workshop-Angebot „Wie wollen wir leben?“ für Schulklassen und Jugendeinrichtungen, welches vom Projektkoordinator organisiert und in Kooperation mit der Nichtregierungsorganisation ufuq.de inhaltlich betreut wird. Während der Einschränkung des öffentlichen Lebens bzw. des Schulunterrichts aufgrund der Pandemie konnten die Workshops 2020 und 2021 nur in verminderter Zahl durchgeführt werden. Dabei wurden in 28 Workshops 500 Jugendliche erreicht. Die Workshops werden von jungen Teamenden geleitet, die nach dem allgemeinpräventiven Ansatz von ufuq.de ausgebildet wurden. Unter der Leitfrage „Wie wollen wir leben?“ arbeiten sie mit Jugendlichen zu Themen wie Religion, Identität, Zugehörigkeit,

Geschlechterrollen oder Anwerbeversuchen durch radikale Prediger im Internet. Außerdem geht es um Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen und wie sie damit umgehen können, ohne sich macht- und hilflos zu fühlen. Ziel dieses Ansatzes ist es, Jugendlichen Signale von Anerkennung und Zugehörigkeit zu vermitteln sowie demokratische Werte, Partizipation und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu stärken.

AUSBLICK UND EMPFEHLUNG

Die vor allem bei jungen Menschen nach wie vor vorhanden psychischen Belastungen in Folge der Pandemie sowie eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung erhöhen Vulnerabilität wie auch Empfänglichkeit für extremistische Narrative. Dem gilt es auf verschiedensten Ebenen entgegenzuwirken. Eine Ebene, um Polarisierung und dem Entstehen von parallelen gesellschaftlichen Strukturen entgegenzuwirken, ist die strukturelle und langfristige Investition in den Dialog und die Kooperation mit geeigneten muslimischen zivilgesellschaftlichen Partnern nach dem Beispiel anderer bayrischer Städte wie Augsburg, Ingolstadt, München oder Erlangen.

MOTHERSCHOOLS: PARENTING FOR PEACE! IN NÜRNBERG

Das bereits im Jahr 2019 durchgeführte Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace!“ konnte trotz erheblicher Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Pandemie auch im Jahr 2020 in Kooperation mit der Nichtregierungsorganisation Frauen ohne Grenzen/ Women without Borders und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erfolgreich durchgeführt werden.

Im Mittelpunkt der MotherSchools stehen Mütter. Sie sind aufgrund der meist emotionalen Nähe zu ihren Kindern bestens geeignet, um im Rahmen der Erziehung Präventionsarbeit zu leisten, ihre Kinder in Sachen Resilienz zu stärken und einen Raum für offene Kommunikation und kritisches Hinterfragen zu schaffen.

Nach einer intensiven Phase der Community-übergreifenden Mobilisierung, die durch die Unterstützung vieler Kooperationspartner*innen sowohl innerhalb der Stadtverwaltung, als auch im Bereich anderer Institutionen, lokaler Organisationen und Vereine erst möglich wurde, konnten zwei Grup-

pen von Müttern die MotherSchools-Kurse durchlaufen. Die Treffen konnten bis auf wenige Ausnahmen unter Einhaltung der zu diesem Zeitpunkt geltenden Maßnahmen zum Infektionsschutz in Präsenz stattfinden. Im Dezember 2020 wurden schließlich 27 Frauen für ihr Engagement im Rahmen des Projekts ausgezeichnet.



Staatsministerin Carolina Trautner, Gründerin von Women without borders, Edit Schlaffer, sowie Marcus König, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, würdigen das Engagement der MotherSchools Teilnehmerinnen aus dem Jahr 2019 am 22. Januar 2020.

UNTERSTÜTZUNG



Verkehrsschilder der Gerechtigkeit, Kunstaktion von Johannes Volkmann

DIE KOMMUNALE STIFTUNG „NÜRNBERG – STADT DES FRIEDENS UND DER MENSCHENRECHTE“

Im Jahr 2007 ins Leben gerufen, fördert die Stiftung mit ihren Vermögenserträgen Menschenrechtsprojekte auf lokaler Ebene und sie unterstützt die Arbeit der Preisträgerinnen und Preisträger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises sowie einzelner Jurymitglieder in deren Heimatländern. Damit ist sie ein Instrument des aktiven Förderns von zivilgesellschaftlichem Engagement in und außerhalb Nürnbergs. Sie ermöglicht damit die Umsetzung oftmals herausragender Einzelveranstaltungen, aber auch von Publikationen und sie leistete immer wieder Anschubfinanzierung für verstetigte Projekte.

Der Stiftungsrat besteht aus sechs Mitgliedern der Stadtratsfraktionen von CSU, SPD und Bündnis 90 / die Grünen sowie Oberbürgermeister Marcus König als seinem Vorsitzenden. Stiftungsleitung und -verwaltung liegen beim Menschenrechtsbüro und der Stadtkämmerei.

Trotz sinkender Ausrichtungsmittel konnten im Berichtszeitraum 16 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 44.000 Euro gefördert werden.

KOORDINIERUNGSSTELLE GEMEINWESEN-MEDIATION NÜRNBERG

Das vom Menschenrechtsbüro koordinierte Netzwerk „Gemeinwesen-Mediation Nürnberg“ unterstützt als freiwilliges, kostenfreies und außergerichtliches Verfahren in Konfliktlagen unterschiedlichster Lebensbereiche. Die Mediation stellt eine Möglichkeit der friedlichen Konfliktbeilegung dar, in der langfristig erfolgreiche Lösungsansätze erzielt werden können, da die Konfliktparteien gleichberechtigt und gleichwertig einbezogen werden und gemeinsam Lösungsansätze finden. Jährlich werden ca. 24 Mediationsfälle bearbeitet.

In den Jahren 2020 bis 2022 stand die strategische Weiterentwicklung des Mediationsnetzwerks im Vordergrund. Im Jahr 2021 wurden sechs neue Mediator*innen aus unterschiedlichen Fachbereichen wie der Justiz und Wissenschaft, der Architektur, dem Behindertenrat und aus den Wohlfahrtsverbänden in das Netzwerk aufgenommen. Zusätzlich stand die Konzeptentwicklung eines allparteilichen Konfliktmanagements für den öffentlichen Raum auf dem Programm. Es ist gelungen, das Konzept mit zwei Vollzeitstellen zu hinterlegen. Zum einen konnte die Stabsstelle aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ den Zuschlag im Förderprogramm „Kommunales Konfliktmanagement“ erhalten und sie hat zudem im Jahr 2022 Mittel für eine städtische Stelle für ein allparteiliches Konfliktmanagement erhalten. Die Aufgaben sind das Erfassen bestehender Strukturen und die Vernetzung mit Akteur*innen, die innerhalb der Stadt bereits mit Konfliktbearbeitung befasst sind, ebenso wie die Analyse erster Einsatzorte und die Konzeptentwicklung. Der Name dafür lautet: Vom Konflikt zum Miteinander – „KoMit“. Das Mediationsnetzwerk ist fortan Teil des allparteilichen Ansatzes und kann damit für die Bearbeitung sowohl von Konflikten im sozialen Nahraum als auch im öffentlichen Raum herangezogen werden.

DAS PROGRAMM WRITERS IN EXILE IN NÜRNBERG

Nürnberg ist offizieller Partner des vom deutschen P.E.N.-Zentrum initiierten Programms „Writers in Exile“, das seit 1999 verfolgten Autorinnen und Autoren Zuflucht in deutschen Städten ermöglicht. Ziel der Initiative ist es, ihnen ein freies Leben und Schaffen in Deutschland zu ermöglichen und die Gelegenheit zu bieten, ihr Werk in öffentlichen Lesungen und Diskussionsveranstaltungen vorzustellen. „Writers in Exile“ erhalten aus einem beim Staatsministerium für Kultur und Medien angesiedelten Etat ein Stipendium, das auf drei Jahre befristet ist. Die Beteiligung Nürnbergs an diesem weltweit beachteten Programm ist möglich, weil die wbg Nürnberg den jeweiligen Stipendiatinnen und Stipendiaten eine Wohnung kostenfrei zur Verfügung stellt.

Auf die Filmemacherin und Menschenrechtsaktivistin Şehbal Şenyurt Arınlı folgte Anfang 2021 Nazlı Karabiyikoglu, wiederum aus der Türkei. Die mit zahlreichen Auszeichnungen gewürdigte queere Aktivistin und Schriftstellerin musste ihr Heimatland verlassen, weil sie sich für LGBTI-Rechte eingesetzt und unter anderem auch die #MeToo-Debatte in der Türkei vorangetrieben hatte.

AUSBLICK

Am 10. Dezember 2023 jährt sich die feierliche Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen zum 75. Mal. Wenige Jahre nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust konnte diese große Menschheitsutopie in einem der wenigen Momente des Konsenses innerhalb der internationalen Gemeinschaft zustande kommen. Nach wie vor gilt die AEMR als ein Meilenstein in der Menschheitsgeschichte, wenn auch die Welt in den vergangenen Jahrzehnten weder friedlicher noch sicherer geworden ist, der Glaube an die Stärke des Rechts zunehmend vom Anspruch des Rechts des Stärkeren abgelöst wird und autoritäre Staaten gar den Wesenskern der AEMR, nämlich ihre Universalität, in Frage stellen.

Die Pandemie jedoch hat gezeigt, welche wichtige Orientierungsfunktion die Menschenrechte gerade in Zeiten von Krisen haben. Sie hatte neue Gefährdungen der Grund- und Menschenrechte hervorgebracht und bestehende Gefährdungen verstärkt, zum Beispiel für besonders verletzbare Gruppen, aber auch als Verstärker von Rassismus und Ausgrenzung verbunden mit Schuldzuweisungen an bestimmte Personengruppen. So war es unabdingbar, immer an die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens hinzuweisen, nämlich die Anerkennung, dass alle Menschen mit gleicher Würde und gleichen Rechten ausgestattet sind.

Auch das Thema „Häusliche Gewalt“ hat während der Pandemie eine traurige Aktualität erfahren. Nicht zuletzt deshalb wird die Umsetzung der Istanbul-Konvention zu einem der Jahresschwerpunkte 2024 gehören. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von

Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt trat als völkerrechtlicher Vertrag im August 2014 in Kraft. Es schafft verbindliche Rechtsnormen zur Prävention und Bekämpfung von Geschlechtsspezifischer und Häuslicher Gewalt. In Deutschland erlangte die Konvention im Jahr 2018 den Rang eines Bundesgesetzes. Die Federführung zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben auf kommunaler Ebene liegt bei der städtischen Gleichstellungsstelle in Kooperation mit dem Referat für Jugend, Familie und Soziales und dem Referat für Umwelt und Gesundheit sowie in enger Abstimmung mit und unter Einbezug der Kompetenzen von örtlichen Einrichtungen und Beratungsstellen, der Unterstützungs- und Hilfestrukturen, relevanter Netzwerke und Arbeitskreise sowie allen dafür relevanten lokalen Akteurinnen und Akteuren.

Auf der Grundlage einer im Jahr 2022 finalisierten Bestandsaufnahme zu vorhandenen Strukturen entlang der Vorgaben der Konvention und den Ergebnissen zweier Barcamps werden im Frühjahr 2023 konkrete Maßnahmen zu einzelnen Themenfeldern erarbeitet. Als Gleichstellungsaktionsplan 2024 – 2026 mit dem Titel „Nürnberger Aktionsplan zu Bekämpfung Geschlechtsspezifischer und Häuslicher Gewalt“ soll er 2024 dem Stadtrat vorgelegt werden.

Bei der Verabschiedung der Istanbul-Konvention hatte der Europarat explizit an die Verantwortung von lokalen Regierungen und Behörden gewandt. Damit bestätigte er erneut den menschenrechtlichen Auftrag an die Kommunen und die Erkenntnis, dass ein Fokus auf die Menschenrechte für eine gerechtere und stabilere und solidarischere städtische Ordnung sorgen kann.

**GEMEINSAM
FREI VON GEWALT**

GLOSSAR

ADS

Antidiskriminierungsstelle des Bundes Berlin

AGG

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

AEMR

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte;
Das Bekenntnis der Vereinten Nationen zu den
Menschenrechten

BAMF

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
Nürnberg

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Schreibt die Grund- und Menschenrechte im
Rahmen der Europäischen Union fest

ECCAR

European Coalition of Cities Against Racism;
Europäische Städtekoalition gegen Rassismus

FTO

Fair Toys Organisation – Kontrollinstanz für die
Herstellung von sozial- und umweltverträglich
produziertem Spielzeug

Homophobie

Feindseligkeit gegenüber lesbischen und
schwulen Menschen

IDAHOBIT

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und
Transphobie bzw. -feindlichkeit

Internationale Wochen gegen Rassismus

Aktionswochen der Solidarität mit den Betrof-
fenen von Rassismus, die alljährlich um den 21.
März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus
stattfinden.

IPSN

Institut für Pädagogik und Schulpsychologie der
Stadt Nürnberg

Istanbulkonvention

Übereinkommen des Europarates zur Verhütung
und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
häuslicher Gewalt, das 2011 in Istanbul unter-
zeichnet wurde.

KoMit

Vom Konflikt zum Miteinander - Allparteiliches
Konfliktmanagement in Nürnberg

LSBTI*Q

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Interpersonen
und Queers

NSU

Nationalsozialistischer Untergrund; rechtsextreme
terroristische Vereinigung

Salafismus

Ultrakonservative Strömung innerhalb des Islam

SDG

Sustainable Development Goals; 17 internationale
Nachhaltigkeitsziele, zu denen sich die Kommu-
nen wie die Stadt Nürnberg verpflichtet haben

UN

United Nations; Vereinte Nationen

UNESCO

United Nations Educational, Scientific and Cultural
Organization; Organisation der Vereinten Nationen
für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Xinjiang

Provinz im Westen Chinas, die überwiegend von
der uigurischen Minderheit bewohnt wird und von
dieser als Ostturkestan bezeichnet wird.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Stadt Nürnberg
Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

Tel. + 49 (0) 911 231-5029

E-Mail: menschenrechte@stadt.nuernberg.de
gleichstellung@stadt.nuernberg.de

www.menschenrechte.nuernberg.de
www.gleichstellungsstelle.nuernberg.de

Team: Matthias Becker, Christine Burmann, Michelle Fowinkel, Clara
Grell, Stephanie Hansel, Valerie Laubenheimer, Martina Mittenhuber,
Rainer Neußer, Helga Riedl, Denise Scheuerer, Hedwig Schouten,
Wiebke Winter

Redaktion: Martina Mittenhuber, Hedwig Schouten

Bildrechte, soweit nicht im Text belegt: Barbara Bodenschatz,
Christine Burmann, Catcalls of Nürnberg, Molly Crabapple, Deutscher
Menschenrechts-Filmpreis, Christine Dierenbach, Norbert Feulner, DGB
Nürnberg, Michelle Fowinkel, Giulia Iannicelli, Norbert Kiesewetter,
Toni Mader, Lothar Mantel, Daniel Marr, Menschenrechtsbüro, Thomas
Reuters Foundation/Nicky Milne, MODATIMA, Chandra Moennsad, Luis
Prada, Matthias Schwert, Seniorenamt Stadt Nürnberg, Hatice Tanirgan-
Lutz, US Gov – Secretary of State's Photographer, Johannes Volkmann,
Thomas Wilfling, Christina Plewinski, Hedwig Schouten, Rainer Wölzlein

Gestaltung: formfinder.de

Druck: Gutenberg Druck & Medien GmbH, 91080 Uttenreuth

Auflage: 300

Juli 2023

